

2014

Institutionelle
Perspektiven
der empirischen
Wissenschafts- und
Hochschulforschung
in Deutschland
Positionspapier

Vorbemerkung	5
A. Wissenschafts- und Hochschulforschung als interdisziplinäre Felder: Bestandsaufnahme	7
A.I Spektrum und Relevanz der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung	11
A.II Institutionalisation der Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland	15
II.1 Institutionalisierte Forschungslandschaft	15
II.2 Forschungsförderung	21
II.3 Studienangebote und wissenschaftlicher Nachwuchs	22
B. Institutionelle und strukturelle Perspektiven der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland: Handlungsbedarfe und Empfehlungen	24
B.I Spezifische Desiderate, Potenziale und Anforderungen	25
B.II Erfolgsbedingungen der Wissenschafts- und Hochschulforschung im DZHW	29
II.1 Gründung und Ausbau des DZHW: Entwicklungen seit der Evaluierung des HIS-HF durch den Wissenschaftsrat	30
II.2 Anforderung an ein Kompetenzzentrum in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung	33
B.III Empfehlungen zur strukturellen Entwicklung der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland	43
III.1 Erfolgsbedingungen für die Forschungsförderung in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung	44
III.2 Professuren und profilbildende Bereiche an Hochschulen	46
III.3 Koordinierung der Studienangebote und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	48
Anhang 1: Ausgewählte strukturelle Grunddaten der Abteilung Hochschulforschung des DZHW und des iFQ im Vergleich	51
Anhang 2: Organisations- und Leistungsdaten des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e.V. (iFQ), Berlin	52
Abkürzungsverzeichnis	71

Vorbemerkung

Im Januar 2013 hat der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, verabschiedet. Dort hatte er dem Institut unter anderem das Potenzial zugesprochen, sich zu einem national bedeutsamen Kompetenzzentrum weiterentwickeln zu können, und hierfür unter anderem eine bessere Koordination mit anderen nationalen und internationalen Akteuren sowie die Integration von übergreifenden Fragestellungen aus der Wissenschaftsforschung empfohlen. |¹

Im Juni 2013 hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum HIS-HF reagiert. Bund und Länder haben in einer Ausführungsvereinbarung vom 28.06.2013 beschlossen, ein „Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung“ (DZHW) zu gründen und das HIS-HF aus der HIS GmbH in dieses Zentrum zu überführen. |² Gleichzeitig hat die GWK den Wissenschaftsrat ersucht, „zu den Möglichkeiten der Zusammenführung des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e.V. (iFQ), Berlin, mit dem DZHW sowie zu den Entwicklungspotenzialen und notwendigen Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Einrichtung“ Stellung zu nehmen. |³ Hierfür ist nach Auffassung des Wissenschaftsrates eine Bewertung der institutionellen Situation der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland insgesamt notwendig; Empfehlungen zur Zusammenführung der beiden Einrichtungen sollten in Empfehlungen zur strukturellen Weiterentwicklung des gesamten Forschungsfeldes eingebettet werden. Mit dieser Zielrichtung hat der Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das vorliegende Positionspapier zu den „Institutionellen Perspektiven der empirischen

|¹ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013.

|² Bekanntmachung der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) – AV-DZHW –, in: BAnz AT 27.09.2013 B5.

|³ Ergebnisprotokoll der 19. Sitzung der GWK am 28.06.2013 in Berlin, GWK 13.33, S. 14.

Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland“ erarbeitet hat. In dieser Arbeitsgruppe haben auch Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Der Wissenschaftsrat ist ihnen zu besonderem Dank verpflichtet.

Das Positionspapier zu den institutionellen Perspektiven der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland wurde am 6. März 2014 vom Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates beraten. Der Wissenschaftsrat hat das Positionspapier (Drs. 3821-14) auf seinen Sitzungen vom 9. bis 11. April 2014 in Darmstadt beraten und verabschiedet.

A. Wissenschafts- und Hochschulforschung als interdisziplinäre Felder: Bestandsaufnahme

Wissenschafts- und Hochschulforschung sind interdisziplinäre Forschungsfelder, in denen die Voraussetzungen, Strukturen und Leistungsprozesse des Wissenschaftssystems und der tertiären Bildung untersucht werden. Sie bieten somit wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über einen gesellschaftlichen Teilbereich, der in den vergangenen Jahrzehnten einen zunehmend wichtigeren Stellenwert für technische Innovationen, Wirtschaftswachstum, eine umweltschonende Entwicklung und ein steigendes Bildungsniveau der Bevölkerung in den entwickelten Industrienationen bekommen hat. Produkte und Dienstleistungen, aber auch Handlungen und Entscheidungen von Organisationen und Individuen beruhen heute in hohem Maße auf wissenschaftsbasierten und über die tertiäre Bildung vermittelten Informationen. |⁴

Gleichzeitig befindet sich das System, das diese Informationen produziert und vermittelt, in einem kontinuierlichen Wandlungsprozess. Gemeint sind hiermit Strukturveränderungen in den Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit und bei der Vermittlung und Ausdehnung von Hochschulbildung: Eine wachsende Internationalisierung von Forschungsprozessen und der sie ermöglichenden Forschungsinfrastrukturen lässt sich ebenso konstatieren wie eine stark gestiegene Mobilität der Forschung und Lehre tragenden Akteure. Forscherinnen und Forscher, Lehrende und Studierende agieren zunehmend in transnationalen Kommunikationsräumen und verfolgen ihre Ziele in den Ländern, Orten und Ein-

|⁴ Vgl. hierzu beispielsweise *Department for Business, Innovation & Skills: The Relationship between Graduates and Economic Growth across Countries*, BIS Research Paper No. 110, London 2013.

richtungen, die ihnen die besten Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven bieten. |⁵ Hinzu kommt vor allem an den Universitäten ein gestiegener Konkurrenzdruck auf Forscherinnen und Forscher, der im gesamten OECD-Raum auch aus einem zunehmenden Spannungsverhältnis von stagnierender staatlicher Grundausrüstung und wachsender Drittmittelabhängigkeit resultiert. Gleichzeitig erfordern sowohl die eigene Entwicklungsdynamik der Wissenschaft als auch die globalen Problemstellungen, für deren Lösung sie fundiertes Wissen bereitstellen soll, ein hohes Maß an interdisziplinärer Koordination und institutioneller Kooperation zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und weiteren Organisationen in Politik, Industrie und Zivilgesellschaft. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt auch durch den globalen Standortwettbewerb von Politik und Wirtschaft forciert und gefördert. |⁶ Entsprechend haben z. B. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ehrgeizige Ziele formuliert, um einen Europäischen Forschungsraum aufzubauen. |⁷

Neben der gemeinsamen Selbstverpflichtung auf Investitionsziele in Forschung und Entwicklung (FuE) haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und weitere beteiligte Länder mit dem Bologna-Prozess auch einen Europäischen Hochschulraum geschaffen, der zu einer Angleichung der bislang nationalen curricularen Orientierungen sowie zu einer stärkeren Betonung der Berufsbefähigung durch das Erststudium beitragen soll. |⁸ Die Umsetzung des Bologna-Prozesses hat vielfältige Veränderungen in den nationalen Hochschulpolitiken ausgelöst bzw. verstärkt – unter der Reformidee des *New Public Management* vor allem eine Rücknahme staatlicher Fachaufsicht zugunsten von Autonomie und Strategiefähigkeit der Hochschulen und regelmäßiger Qualitätsprüfungen (Akkreditierungen, Evaluationen) durch neue intermediäre Organisationen. |⁹ Da-

|⁵ Vgl. z. B. vbw (Hrsg.): Internationalisierung der Hochschulen. Eine institutionelle Gesamtstrategie, Gutachten des Aktionsrates Bildung, Münster 2012.

|⁶ Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Drs. 9866-10, Berlin 2010, S. 11.

|⁷ Z. B. das so genannte „Lissabon-Ziel“, die FuE-Ausgaben der Mitgliedsländer bis 2010 auf insgesamt 3 % des jeweiligen nationalen BIP zu steigern. Dieses Ziel wurde auch in der „Strategie Europa 2020“ fortgeschrieben. Siehe für Deutschland detailliert: GWK: Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Teilziel der Lissabon-Strategie und der Strategie Europa 2020, Bericht an die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern, GWK-Materialien Heft 31, Bonn 2013.

|⁸ Siehe u. a. Froment, E.; Kohler, J.; Purser, L. et al.: *EUA Bologna Handbook. Making Bologna Work*, Losebl.-Ausg., Stuttgart et al. 2006 ff.

|⁹ Vgl. z. B. die Beiträge in Paradeise, C.; Reale, E.; Bleiklie, I. et al. (Hrsg.): *University Governance. Western European Comparative Perspectives. Higher Education Dynamics Series*, Vol. 25, Dordrecht 2009 sowie die einschlägigen Studien der *European University Association* (EUA), u. a. in *EUA: Institutional Diversity in European Higher Education: Tensions and Challenges for Policy Makers and Institutional Leaders*, Brüssel 2009.

mit einhergehend sind die Hochschulen auch als Organisationen in einen Wettbewerb um wissenschaftliche Leistungen in Forschung und Lehre, dazu notwendige inhaltliche Profile und Standards der Qualitätssicherung sowie attraktive Rahmenbedingungen für Forschende, Lehrende und Studierende eingetreten. |¹⁰ Dieser Wettbewerb hält an und wird den Hochschulen sowohl auf der Suche nach komparativen Wettbewerbsvorteilen als auch in Anpassung an sich verändernde Ansprüche und Erwartungen ihrer Zielgruppen, ihrer Leistungsträger und von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein dauerhaftes *Change Management* auferlegen.

Neben diesen vor allem institutionell neuen Kontextbedingungen ist das Wissenschaftssystem heute auch mit der Erwartung konfrontiert, insbesondere politische Akteure mit wissenschaftlich fundiertem Wissen für Entscheidungsprozesse zu versorgen. Angesichts steigender globaler Herausforderungen und der zunehmend durch die Wissenschaft selbst produzierten Komplexität politischer Entscheidungslagen wird gerade von der Forschung ein Beitrag erwartet, der u. a. als „evidenzbasierte Politikberatung“ bezeichnet wird. |¹¹ Hierunter ist die wissenschaftliche Bereitstellung valider Forschungsdaten zu verstehen, die z. B. im Rahmen der Klimaforschung, der Epidemiologie, der translationalen Medizinforschung oder der nationalen und international vergleichenden Panelstudien zu Bildungschancen oder Wohlstandsentwicklung in langen Zeitreihen erhoben werden. |¹² Hierzu zählen auch konzeptionelle Analysen und Trendextrapolationen, die in der Lage sind, künftige Problemlagen und Strukturveränderungen zu prognostizieren.

Mehr denn je wird für eine Gesamtschau dieser dynamischen Entwicklungen im Wissenschaftssystem und in der tertiären Bildung eine wissenschaftlich fundierte und durch empirische Forschung untermauerte Analyse benötigt, die in der Lage ist, die unterschiedlichen Strukturveränderungen und neuen Anforderungen, ihre jeweiligen Auswirkungen auf parallel ablaufende Veränderungsprozesse sowie auf die Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit von Forschung und Lehre insgesamt in einer möglichst ganzheitlichen Perspektive zu erfassen.

|¹⁰ Vgl. hierzu auch Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, Drs. 10387-10, Lübeck 2010.

|¹¹ Vgl. hierzu auch *National Research Council: Using Science as Evidence in Public Policy*, Washington, DC 2012.

|¹² Siehe hierzu auch Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur in Deutschland bis 2020, Drs. 2359-12, Berlin 2012, S. 53-55, sowie für die einschlägigen sozialwissenschaftlichen Panelstudien Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften, Drs. 10465-11, Berlin 2011, S. 88-115.

sen. |¹³ Politische und gesellschaftliche Akteure, Wissenschafts- und Hochschulmanagement, aber auch Forschende und Lehrende selbst haben heute einen hohen Bedarf an zuverlässigem und die Prognosefähigkeit erhöhendem Wissen über die skizzierten Veränderungsprozesse im Wissenschafts- und Hochschulsystem, die sich im globalen Maßstab, aber zugleich unter verschiedenen nationalen und organisatorischen Rahmenbedingungen sowie mit unterschiedlichen Auswirkungen in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen, Forschungsfeldern und Lehrgebieten vollziehen.

Die Bereitstellung dieses Wissens wird von der Wissenschafts- und Hochschulforschung erwartet, wobei die mit empirischen Forschungsmethoden arbeitenden Disziplinen in den beiden Feldern eine Schlüsselposition einnehmen: Sie erheben die Forschungsdaten, denen als Grundlage für heutige und künftige Analysen zur Beschreibung und Lösung der Herausforderungen in Wissenschaft und tertiärer Bildung herausgehobene Bedeutung zukommt. Bei der Wissenschafts- und Hochschulforschung handelt es sich um zwei eigenständige Forschungsfelder, die bislang auf unterschiedlichen Wegen die Entwicklungen in Forschungseinrichtungen und Hochschulen, in den Leistungsprozessen von Forschung und Entwicklung (FuE) einerseits und der Hochschullehre sowie des Studiums andererseits untersucht haben. Angesichts der skizzierten zunehmend vernetzten Problemstellungen und Anforderungen im Wissenschaftssystem und neuer Formen der Bildungsübergänge und Karriereverläufe im Spannungsfeld Schulen – Hochschulen – außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – Industrie plädiert der Wissenschaftsrat in diesem Positionspapier dafür, die Kooperationen vor allem zwischen den Forschungsfeldern der empirischen Wissenschaftsforschung und der empirischen Hochschulforschung zu verstärken.

Angesichts der hohen Relevanz der beiden Forschungsfelder muss die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit auch von einer besseren Institutionalisierung der in Deutschland bislang eher unkoordiniert und in verhältnismäßig kleinen Personenzahlen operierenden empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung begleitet werden. Hierzu nimmt der Wissenschaftsrat zunächst eine Bestandsaufnahme vor, die Spektrum, Relevanz und die aktuelle Institutionalisierung der beiden Forschungsfelder in Deutschland beschreibt (siehe Abschnitt A.I. bis A.II.). Auf dieser Grundlage werden in Teil B. Anforderungen für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung formuliert und zunächst Empfehlungen zur Zusammenführung zweier relevanter außer-

|¹³ Siehe als europäische Agenda: *European Commission: Challenging Futures of Science in Society – Emerging Trends and Cutting-Edge Issues, Report of the MASIS-Expert Group set up by the European Commission*, Luxemburg 2009.

universitärer Forschungseinrichtungen aus beiden Feldern – des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) als Einrichtung der empirischen Wissenschaftsforschung sowie des ehemaligen HIS-Instituts für Hochschulforschung (HIS-HF, heute: Abteilung Hochschulforschung im DZHW) als Einrichtung der empirischen Hochschulforschung – unter dem gemeinsamen Dach des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) gegeben (B.II.). Abschließend werden Empfehlungen formuliert, welche Koordinierungs- und Fördermaßnahmen und welche weiteren Institutionalisierungsschritte für das Feld der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung unternommen werden sollten, um in Zukunft verlässlich und kontinuierlich auf einen validen Bestand an Forschungsdaten und theoriegeleiteten Analysen zur Entwicklung des Wissenschaftssystems und der tertiären Bildung zurückgreifen zu können.

A.1 SPEKTRUM UND RELEVANZ DER EMPIRISCHEN WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG

Die Wissenschaftsforschung ist insgesamt ein interdisziplinäres Forschungsfeld, das sich maßgeblich seit den 1960er Jahren ausgehend von intellektuellen Anstößen vor allem aus der Wissenschaftsphilosophie, der Wissenschaftsgeschichte und der Wissens- und Wissenschaftssoziologie entwickelt hat. Ziel der empirischen Wissenschaftsforschung ist es hierbei, die *modi operandi* und die Leistungen des Wissenschaftssystems sowie die ursächlichen Zusammenhänge zwischen beiden zu identifizieren und zu analysieren. Mit den *modi operandi* des Wissenschaftssystems sind zunächst die normativen und sozialen Voraussetzungen des Wissenschaftssystems und seine funktionale Einbettung in die umgebenden gesellschaftlichen Strukturen angesprochen. So sieht sich z. B. das Wissenschaftssystem heute mit neuartigen Methoden der Rechenschaftslegung durch Berichtssysteme sowie einer externen Anreizsteuerung seiner Leistungen beispielsweise durch indikatorbasierte Systeme der Ressourcenverteilung konfrontiert. Ob durch solche Steuerungsinstrumente tatsächlich die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft erhöht wird, ob es hierbei disziplinäre Unterschiede oder nichtintendierte Effekte gibt, ist Gegenstand aktueller empirischer Wissenschaftsforschung. Ebenso beschäftigt sie sich mit dem Einfluss des zunehmenden Drittmittelwettbewerbs oder veränderter Publikationsstrategien auf die Mechanismen der wissenschaftlichen Selbststeuerung – z. B. durch die Analyse der Objektivität und Fairness von Gutachtergremien in Peer-Review-Prozessen. Des Weiteren hat sich die empirische Wissenschaftsforschung zunehmend Phänomenen der „Entgrenzung“ wissenschaftlicher Autonomie und ihren Folgen zugewandt: In dem gleichen Maße, in dem externe Akteure versuchen, Einfluss auf Forschungsagenden im Wissenschaftssystem zu nehmen und von der Wissenschaft „Relevanz“ und „Anwendungsbezug“ einfordern, findet umgekehrt

wissenschaftliche Wissensproduktion längst auch jenseits der disziplinären Grenzen wissenschaftlicher Fächer an Universitäten statt. Vor allem die Grenzen zwischen dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftssystem sind zunehmend durchlässiger geworden; aber auch in der von manchem Beobachter sogar „Wissenschaftsgesellschaft“ |¹⁴ genannten heutigen Wissensgesellschaft vollzieht sich eine Verwissenschaftlichung aller anderen Gesellschaftsbereiche von der Politik bis zum Familienleben.

Die empirische Wissenschaftsforschung nutzt ein breites Methodenspektrum. Im Bereich der Anwendung qualitativer Methoden lassen sich hier beispielsweise auf intensiver Beobachtung des Laborgeschehens beruhende Fallstudien zur Erklärung von Forschungsprozessen nennen. Darüber hinaus wurden im Rahmen der *Quantitative Studies of Science* eigene quantitative Forschungsmethoden entwickelt, oft in enger Beziehung zur Informatik, (Computer-)Linguistik, Bibliothekswissenschaft und Informationswissenschaft. Unter den Leitbegriff der Szientometrie (*Scientometrics*) lassen sich z. B. Verfahren der Bibliometrie, der Informetrie oder der Webometrie fassen. In der empirischen Wissenschaftsforschung werden diese Ansätze häufig mit Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse verknüpft und helfen bei der Identifizierung und Analyse von Kooperationsbeziehungen und deren Verdichtung sowie der Verfolgung der Entwicklung und Ausdifferenzierung von Forschungsthemen. Des Weiteren gehören zunehmend auch Modellierungen und Simulation zum Methodenrepertoire der empirischen Wissenschaftsforschung. |¹⁵

Insbesondere die Szientometrie war von Anfang an von einem großen Interesse auf Seiten der Wissenschaftspolitik wie des Wissenschafts- und Hochschulmanagements begleitet. Ursprünglich erdacht, um durch die Vermessung der wissenschaftlichen Kommunikation zu einer Beschreibung der quantitativen Ausdehnung des Wissenschaftssystems beizutragen, ermöglicht z. B. die Bibliometrie heute Gestaltungsakteuren in Wissenschaft, Wissenschaftspolitik, Hochschulleitungen und Forschungsmanagement Analysen der wissenschaftlichen Tätigkeit und Performanzvergleiche von forschenden Individuen, einzelnen Abteilungen, ganzen Einrichtungen, Disziplinen und disziplinären Feldern sowie nationalen Wissenschaftssystemen. |¹⁶ Dabei sind ein verantwortungsvoller Ein-

|¹⁴ Siehe Kreibich, R.: Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galileo zur High-Tech-Revolution, Frankfurt a.M. 1986.

|¹⁵ Vgl. hierzu z. B. Scharnhorst, A.; Börner, K.; Besselaar, P. (Hrsg.): *Models of Science Dynamics*, Dordrecht 2012.

|¹⁶ Siehe Bornmann, L.; Mutz, R.; Daniel, H.-D.: *Multilevel-Statistical Reformulation of Citation-Based University Rankings: The Leiden-Ranking 2011/2012*, in: *Journal of the American Society for Information Science and Technology*, Vol. 64 (2013), 1649-1658.

satz bibliometrischer Methoden und die Ermittlung entsprechender Forschungsindikatoren an ein sehr hohes Maß an einschlägiger Expertise gebunden, die in Europa bislang nur an wenigen Standorten verfügbar ist – in Deutschland z. B. im Rahmen des ortsverteilten Kompetenzzentrums Bibliometrie.

Die Hochschulforschung ist ebenfalls ein interdisziplinäres Forschungsfeld; sie ist im Vergleich zur Wissenschaftsforschung stärker durch ihren Untersuchungsgegenstand integriert und weniger durch die Entwicklung eigener Theorien und Methoden. Letztere werden bislang aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen übernommen und systematisch auf die Hochschulen, deren Tätigkeitsspektrum, Akteure und Adressaten bezogen. Von der Vielzahl an Disziplinen mit Schnittmengen zur Hochschulforschung – wozu etwa auch die Rechts- und Geschichtswissenschaften zählen – bilden die Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften jene „Quelldisziplinen“, deren Forschungsmethoden sich insbesondere die empirische Hochschulforschung bedient; starke Überschneidungen bestehen dabei zu der empirischen Bildungsforschung und der empirischen Wissenschaftsforschung.

Die mit Methoden der empirischen Sozialforschung arbeitende Hochschulforschung untersucht ein breites Themenspektrum. So werden z. B. im Rahmen von Panelstudien Bildungsverläufe und Übergänge von der Schule zur Hochschule und in den Arbeitsmarkt, von Studierverhalten, der sozialen Lage von Studierenden, Studienabbruchsursachen oder Voraussetzungen des Kompetenzerwerbs im Studium untersucht. So beschäftigen sich beispielsweise Hochschulforscherinnen und Hochschulforscher im Rahmen der *National Educational Panel-Studie* (NEPS) mit Auswirkungen von Studienbedingungen und individuellen Voraussetzungen der Studierenden auf deren weiteren Bildungsweg oder mit den individuellen und strukturellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Studienabschluss und Berufseinstieg.

Ebenfalls werden auf einer stärker organisationswissenschaftlichen Basis – in der Regel im Rahmen von vergleichenden Fallstudien – Wandlungsprozesse der Governancestrukturen in Hochschulen sowie Voraussetzungen und Folgen von Instrumenten der Hochschulsteuerung für Forschung und Lehre analysiert und als Grundlagen für Entscheidungsprozesse aufbereitet. Die in angelsächsischen Ländern traditionell gegebene und in vielen kontinentaleuropäischen Ländern durch Hochschulreformen eingeleitete Stärkung der strategischen Handlungsfähigkeit der Universitäten als Organisationen, in einem Spannungsfeld von externer Ressourcenabhängigkeit und internen Selbststeuerungsansprüchen der akademischen Gemeinschaft, markiert hierbei ein herausgehobenes Forschungsthema für die empirische Hochschulforschung.

Die in der empirischen Hochschulforschung und der empirischen Wissenschaftsforschung erzeugten Forschungsdaten zeichnen sich zusammengefasst

nicht nur durch innerwissenschaftliche Relevanz, sondern auch durch ihren hohen Wert für Praktiker in Wissenschaft, Hochschulen und Hochschulpolitik aus. Letztere nutzen sie z. B. als wissenschaftliche Evidenz für die Formulierung hochschulinterner Entwicklungsstrategien oder hochschulpolitische Strukturplanungen.

Bislang mangelt es an vielen Stellen an einer Berücksichtigung von Fragestellungen und Forschungsdaten aus dem jeweils anderen Forschungsfeld. Unbestritten bearbeiten beide Forschungsfelder aus wissenschaftlich legitimen Gründen andere Leitfragen unter unterschiedlichen theoretischen Gesichtspunkten und mit andersartigen Methoden. Gleichwohl gebietet der heute sichtbare Transformationsprozess von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen, hierunter

- _ die Zunahme der organisatorischen Vernetzungen und wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Funktionen und Akteuren im Wissenschaftssystem und in der tertiären Bildung,
- _ die fortschreitende Einbeziehung der Bevölkerung in die Hochschulbildung und die Vermittlung der in Wirtschaft und Zivilgesellschaft geforderten Kompetenzanforderungen,
- _ die steigende Bildungsmobilität und Flexibilisierung von akademischen Karriereverläufen – insbesondere an der Schnittstelle von universitärer Postgraduiertenausbildung und außeruniversitärem Arbeitsmarkt,

eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Forschungsfelder. Das gilt in besonderem Maße für die Beschreibung, Erklärung und Reflexion der jüngsten Entwicklungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft. Diese ist neben der Umsetzung des Bologna-Prozesses, den Governance-Reformen in den Hochschulen und der Forcierung des Wettbewerbs um Forschungsmittel vor allem durch eine erhebliche Verstärkung der Kooperation des Hochschulsektors mit dem außeruniversitären Forschungssektor und der Industrieforschung geprägt – bis hin zur Etablierung neuer hybrider Organisationen für Forschung und Lehre wie z. B. dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) oder dem Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG). Um das Gesamtbild und die Folgen dieser Transformationsprozesse zu verstehen und im zeitlichen Ablauf erklären zu können, scheint es unerlässlich, dass die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung im Bereich der bislang getrennt konzipierten und durchgeführten Datenerhebung, bei der methodischen Konzeption von Längsschnittstudien, Fallstudien und szientometrischen Analysen sowie der Aufklärung von Wechselwirkungen zwischen Prozessen von Forschung und Lehre in enge Kooperationsbeziehungen treten.

Durch die Expertise beider Felder aufbereitete Datenreihen und konzeptionelle Analysen könnten der Wissenschaftspolitik in Deutschland z. B. helfen, Vorha-

ben wie die nationale Umsetzung des Bologna-Prozesses oder Eckpunkte für die Pakte für Forschung und Innovation auf einer nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten belastbaren Datengrundlage zu entwickeln, die durch ein kontinuierlich forschendes *Monitoring* der Leistungsprozesse in Forschung und Lehre auch Evidenz für mögliche spätere Fehlerkorrekturen bzw. kontrollierte Um- oder Nachsteuerungen bereitstellt. Auch die professionellen Leistungsträger in Forschung und Lehre, das Management in Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die Forschungsförderer haben ein zunehmendes Interesse an evidenzbasiertem Wissen. Dies bezieht sich vor allem auf die (optimalen) Bedingungen für die Erzeugung wissenschaftlichen Wissens und hochwertiger Lehre und auf deren (erfolgreiche) Übersetzung und Verwendung in anderen gesellschaftlichen Kontexten. Darüber hinaus ist es notwendig, die Strukturen und Leistungen von Forschungs- und Bildungsakteuren sowie die Wirkungen von Reformmaßnahmen nicht nur im nationalen Rahmen z. B. bundesländervergleichend, sondern auch im internationalen Maßstab systemvergleichend beurteilen zu können. Hierfür werden u. a. Forschungsinformationen benötigt, die als *Science & Technology Indicators* Informationen über die Leistungsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems im internationalen Vergleich und den Einfluss (*impact*) einzelner disziplinärer und organisatorischer (Teil-)Bereiche auf den Fortschritt des wissenschaftlichen Wissens liefern. |¹⁷ Des Weiteren sind internationale Vergleichsdaten und Fallstudien zu nationalen und regionalen Innovationssystemen wichtig, um die Transferbeziehungen und Innovationsnetzwerke zwischen den Akteuren des Wissenschaftssystems, dem Industrie- und Dienstleistungssektor sowie dem weiteren zivilgesellschaftlichen Rahmen abbilden und ihre Wirkungen erklären zu können.

A.II INSTITUTIONALISIERUNG DER WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

II.1 Institutionalisierte Forschungslandschaft

Die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung ist in Deutschland – gemessen an der heutigen Bedeutung von Wissenschaft und tertiärer Bildung für den gesellschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung – schwach institutionalisiert, insbesondere im Hinblick auf die Größe der meisten Einrichtungen und die Zahl der dort in den beiden Feldern tätigen Wissen-

| ¹⁷ Der Wissenschaftsrat geht z. B. davon aus, dass Indikatoren benötigt werden, die „auf der Basis umfassender Datengrundlagen belastbarere Aussagen über beabsichtigte und unbeabsichtigte Effekte von Verfahren der Leistungsbewertung und Steuerung treffen“ (siehe Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Bewertung und Steuerung von Forschungsleistung, Drs. 1656-11, Halle 2011, S. 48).

schaftlerinnen und Wissenschaftler. Im Gegensatz zu anderen Forschungsfeldern, die sich mit wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen beschäftigen – wie z. B. die Gesundheits-, die Klima-, die Wirtschafts- oder die empirische Bildungsforschung – existieren für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung zurzeit keine universitären oder außeruniversitären Kerninstitute, von denen wichtige Impulse und Innovationen ausgehen, und die geeignet wären, die nötige Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung bzw. für eine auf lange Sicht angelegte Forschungsagenda in beiden Feldern zu befördern.

Betrachtet man beide Felder zunächst getrennt, so findet sich Wissenschaftsforschung gegenwärtig hauptsächlich im Rahmen von Spezialisierungen von Hochschullehrerinnen und -lehrern, die ihre Denomination im klassischen Fächerkanon der Philosophie, der Sozial- und Verhaltenswissenschaften, der Geschichtswissenschaften, der Rechtswissenschaften oder – in der Regel mit einem Schwerpunkt auf Innovationsforschung – in den Wirtschaftswissenschaften haben. Außeruniversitäre Einrichtungen der Grundlagenforschung des Feldes liegen z. B. mit

- _ dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG) in Berlin (seit 1994) sowie
- _ dem Forschungsinstitut für Technik- und Wissenschaftsgeschichte des Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik in München (seit 1963)

im Bereich der Geschichtswissenschaften, nicht aber im Bereich der empirischen Sozialwissenschaften. Weitere Einrichtungen der Wissenschaftsforschung lassen sich weitestgehend der sozialwissenschaftlichen Technik- und Innovationsforschung zurechnen – mit kleineren Anteilen an genuiner sozialwissenschaftlicher Wissenschaftsforschung, wie z. B. am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe oder am Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) der TU Berlin. Eine ganz überwiegend durch Drittmittelinwerbungen getragene Forschergruppe mit Schwerpunkt auf *Science Policy Studies* findet sich darüber hinaus am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Die einzige allein auf das Gebiet der empirischen Wissenschaftsforschung spezialisierte außeruniversitäre Forschungseinrichtung ist heute das 2005 gegründete Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) mit einer S-Professur und einer gestifteten Juniorprofessur an der HU Berlin (siehe B.II. und Anhang 2).

In den vergangenen Jahren ist die institutionelle Situation der empirischen Wissenschaftsforschung durch einen anhaltenden und unkoordinierten Rückbau gekennzeichnet gewesen, der seine Ursache vor allem in einem Generationenwechsel beim wissenschaftlichen Leitungspersonal zahlreicher sozialwissen-

schaftlicher Einrichtungen hatte, wobei in der Regel Leiterinnen und Leiter mit anderen Forschungsinteressen nachfolgten. So haben seit Ende der 1990er Jahre sowohl das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG), das WZB wie auch das Fraunhofer ISI ihre Beschäftigung mit empirischer Wissenschaftsforschung durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf institutionellen Planstellen weitgehend abgebaut. Das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung an der Universität Bielefeld (IWT) wurde 2012 aufgelöst. |¹⁸

Es lassen sich in der jüngsten Zeit aber auch Neugründungen konstatieren, deren Entwicklungspfade und Leistungsfähigkeit noch nicht absehbar, für die Stabilisierung eines institutionellen Fundaments der empirischen Wissenschaftsforschung in Deutschland aber als sehr begrüßenswert anzusehen sind. Hierzu gehören die Abteilung Wissenschaftsforschung am neugegründeten Forum Internationale Wissenschaft (FIW) an der Universität Bonn mit einer Juniorprofessur und einer 2014 zu besetzenden W2-Stiftungsprofessur für die sozialwissenschaftliche Wissenschaftsforschung. Am *Munich Center for Technology in Society* (MCTS) der TU München wurde 2013 ebenfalls mit Hilfe von Stiftungsmitteln eine neue Professur für Wissenschaftssoziologie geschaffen und besetzt sowie für 2014 vier weitere *Tenure-Track*-Professuren mit Denominationen in der empirischen Wissenschaftsforschung ausgeschrieben; ein Graduiertenzentrum für *Technoscience* befindet sich hier ebenfalls in Gründung. Eine etatisierte W3-Professur für Wissenschafts- und Hochschulmanagement soll 2014 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften (DUV) Speyer in Nachfolge der ehemaligen dortigen Stiftungsprofessur ebenso neu besetzt werden wie jeweils eine W3-Professur für *Science and Technology Studies* an den Universitäten in Freiburg und Regensburg sowie eine W3-Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Steuerung innovativer und komplexer technischer Systeme, an der Universität Bamberg. Mit Ausnahme des MCTS an der TU München |¹⁹ wird aber voraussichtlich an keinem dieser Standorte eine ausreichende Personal-

| ¹⁸ Das IWT war mit den von der DFG und dem Land Nordrhein-Westfalen geförderten Graduiertenkollegs „Genese, Strukturen und Folgen von Wissenschaft und Technik“ (1996-2002) und „Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft: Institutionelle und epistemische Transformationen der Wissensproduktion und ihre gesellschaftlichen Rückwirkungen“ (2002-2011) ein maßgeblicher Träger der Postgraduiertenausbildung in der Wissenschaftsforschung.

| ¹⁹ Mit dem MCTS wird an der TU München ein universitärer Schwerpunktbereich zur Technowissenschaftsforschung mit Schnittstellen zur Technikfolgenforschung, zur Hochschul- und Bildungsforschung sowie zu den (digitalen) Medienwissenschaften aufgebaut. Voll ausgebaut soll das Zentrum neben fünf entsprechend denominierten Professuren u. a. über ein thematisches Graduiertenzentrum sowie zwei Forschungsprogrammlinien („*Lab for the Empirical Analysis of Large Projects*“ (LEAP) und „*Lab for the Analysis of Systematic Aspects of Technoscience*“ (LAST)) verfügen. Im Bereich von Beratungsdienstleistungen beabsichtigt das MCTS, eng mit den Akademien der Wissenschaften – insbesondere mit acatech – zusammenzuarbeiten.

stärke für eine einzelne Fragestellungen übergreifende empirische Wissenschaftsforschung erreicht.

Die empirische Hochschulforschung ist im Vergleich zur empirischen Wissenschaftsforschung zwar deutlich besser, allerdings ebenfalls nicht ihrer Bedeutung entsprechend hinreichend institutionalisiert. Ein wesentlicher Motor für die Entwicklung der empirischen Hochschulforschung in Deutschland war in den 1960er und 1970er Jahren die Errichtung einiger Institute und Forschungsgruppen, die sich ganz oder zumindest in Teilen der empirischen Hochschulforschung widmeten:

- _ das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin (seit 1963),
- _ das Hochschulinformationssystem in Hannover (HIS GmbH, seit 1969, heute Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, DZHW),
- _ das Wissenschaftliche Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel (seit 1978, heute *International Center for Higher Education Research*, INCHER, an der Universität Kassel).

Für eine primär landesbezogene Hochschulforschung wurde 1973 das Bayerische Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (IHF) in München gegründet. Einen Mittelweg zwischen regionalem Bezug und allgemeiner Hochschulforschung stellt das 1996 als An-Institut an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gegründete Institut für Hochschulforschung Wittenberg (HoF) dar. Das 1994 gegründete, von der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz getragene Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) nimmt teilweise auch Forschungsaufgaben wahr. Weitere Institute, an denen u. a. auch Hochschulforschung betrieben wird, sind z. B. das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) oder das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg.

Neben diesen Einrichtungen gibt es einige wenige Professuren an deutschen Hochschulen, die auf Hochschulforschung spezialisiert sind – häufig an erziehungswissenschaftlichen Fakultäten sowie hochschuldidaktischen Zentren, die in der Regel als wissenschaftliche Einheiten quer zu den Fakultäten und Fachbereichen der Universitäten angesiedelt sind. Darüber hinaus befassen sich zahlreiche disziplinär zugeordnete Professuren vor allem in den Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auch – allerdings häufig nicht kontinuierlich – mit Fragen der Hochschulforschung. Die Bedeutung der empirischen Hochschulforschung für Zwecke der wissenschaftlichen Politikberatung ist seit den 1960er Jahren eine wesentliche Triebkraft für die institutionelle Etablierung des Feldes gewesen. Sie ist allerdings auch einer der wesentlichen Gründe für eine bis heute unvollkommene epistemische Stabilisierung des Feldes im Sinne eigener Theorie- oder Methodenentwicklung gewesen. In seiner Evaluierung des

HIS-Instituts für Hochschulforschung hat der Wissenschaftsrat 2013 exemplarisch herausgestellt, dass eine wissenschaftliche Durchdringung der Bedingungen, Prozesse, Ergebnisse und Wirkungen von Hochschulbildung, die über die deskriptive Erhebung von Meinungs- und Verlaufsdaten zu den Kontexten Studium und Lehre für Auftraggeber und Interessenten in Hochschulpolitik und Hochschulverwaltungen hinausgeht, in der empirischen Hochschulforschung in Deutschland bis heute nicht die Regel gewesen ist. |²⁰

Bei einer relativ geringen Quote an kompetitiven Forschungsdrittmitteln kann gleichzeitig eine hohe Abhängigkeit zahlreicher bestehender Einrichtungen der empirischen Hochschulforschung von Drittmitteln aus der Auftragsforschung und aus Zuwendungen als Problem angesehen werden. So werden an einigen der genannten Zentren und Institute nur die Leitungspositionen durch eine institutionelle Grundfinanzierung getragen; jedes weitere Personal muss aus Drittmitteln finanziert werden. Selbst an der größten Einrichtung im Feld – der Abteilung Hochschulforschung im DZHW – werden über 60 % des verfügbaren Haushaltsvolumens über Drittmittel aus Forschungsaufträgen und Zuwendungen erwirtschaftet. |²¹ An keinem der genannten Zentren und Orte wurde unter diesen Gegebenheiten eine theoretisch und methodologisch avancierte empirische Hochschulforschung aufgebaut, die über ihre Dienstleistungs- und Beratungsaufgaben für Praxisakteure hinaus im Bereich der Grundlagenforschung z. B. mit amerikanischen, britischen oder niederländischen Einrichtungen konkurrieren kann. Dies führt nicht zuletzt auch zu einer mangelnden Attraktivität der deutschen Standorte für international renommierte Wissenschafts- und Hochschulforscherinnen und -forscher. Es lässt sich bislang eher die gegenläufige Entwicklung eines *Brain Drain* gerade der international publizierenden deutschstämmigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in beiden Feldern beobachten.

Zwischen der mangelnden internationalen Sichtbarkeit und der hohen Abhängigkeit von Mitteln der Auftragsforschung und Zuwendungen von Bund, Ländern, Hochschulverwaltungen und weiteren Stakeholdern besteht gerade in der empirischen Hochschulforschung ein Zusammenhang: Da die Auftraggeber in der Vergangenheit ein prioritäres Interesse an der Lösung lokaler, regionaler oder nationaler Problemstellungen hatten, hat sich in der deutschen empirischen Hochschulforschung, aber auch in Teilen der empirischen Wissenschaftsforschung, eine nationale Selbstbezogenheit herausgebildet, die von internatio-

|²⁰ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, S. 77-78.

|²¹ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, S. 7.

nalen Beobachtern als „*inward looking*“ beschrieben wird und lange Zeit An-
schlüsse an und für die international vergleichende Forschung erschwert hat.
Im Zuge der weiteren Ausgestaltung des Europäischen Forschungs- und Hoch-
schulraums steigt allerdings inzwischen die Nachfrage nach international ver-
gleichenden Untersuchungen, z. B. im Rahmen der Studierendenforschung, und
die deutschen Akteure der empirischen Hochschulforschung haben auf diese
Nachfrage mit der Beteiligung an europäischen Panelstudien reagiert. |²²

Im angelsächsischen Wissenschaftsraum hat die empirische Wissenschafts- und
Hochschulforschung eine stärkere Institutionalisierung durch eine größere
Zahl entsprechend denominierter Professuren und Institute erfahren. Dies lässt
sich u. a. darauf zurückführen, dass die traditionell früher und in höherem
Maße autonomen Universitäten z. B. in Großbritannien, den USA, Australien,
aber auch in den Niederlanden, sich mit solchen Professuren eigene Analyse-
und Beratungskapazitäten für ihre vielfältigen strategischen Entwicklungspla-
nungen schaffen konnten. Entsprechend sind in den USA mit den *Higher Educa-
tion Studies* und der *Institutional Research* zu Fragen des Hochschulmanagements
quasi-disziplinäre Felder mit eigenen Studiengängen und Qualifizierungswegen
für den wissenschaftlichen Nachwuchs und speziell qualifizierte *Higher Educati-
on Manager* entstanden. |²³ Ähnliches lässt sich von der empirischen Wissen-
schaftsforschung sagen, deren Nähe zu und Verflochtenheit mit Aufgaben der
Politikberatung z. B. in den USA, Großbritannien und den Niederlanden deut-
lich ausgeprägter ist.

Der internationale Vergleich zeigt auch, dass entsprechende Praxisnähe nicht
zwingend zu Lasten der Grundlagenforschung gehen muss, sofern sich zwi-
schen Wissenschaft und Praxisakteuren ein System der „intelligenten Nachfra-
ge“ nach einem wissenschaftlich fundierten Angebot einpendeln kann. Ein sol-
ches System setzt zum einen dauerhafte Forschungsinfrastrukturen voraus, auf
deren Basis als laufendes *Monitoring* qualitätsgesicherte Forschungsdaten zu den
aktuellen Entwicklungen des Wissenschaftssystems – einschließlich internatio-
naler Vergleichsdaten – bereitgestellt werden können. Zum anderen muss ein
solches System nicht nur reaktiv auf Beratungsbedarf reagieren können; es be-
darf auf Seiten der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung eines
ausreichenden Zeitpuffers für Forschung. Dies ist notwendig, damit die For-

|²² An der Abteilung Hochschulforschung des DZHW läuft hierzu beispielsweise die fünfte Erhebungsrunde
des internationalen Kooperationsprojekts EUROSTUDENT zur Erfassung von sozio-ökonomischen Grundda-
ten der Studierenden in europäischen Ländern; seit 2013 laufen die konzeptionellen Arbeiten an der euro-
paweit vergleichenden Absolventenstudie EUROGRADUATE (von der EU-Kommission beauftragte Machbar-
keitsstudie in Kooperation mit mehreren internationalen Kooperationspartnern).

|²³ Siehe hierzu die Beiträge in Howard, R. et al. (Hrsg.): *The Handbook of Institutional Research*, San Fran-
cisco 2012.

schung methodische und theoretische Innovationen, Irritationspotenziale und auch die Suche und Entdeckung von Problemstellungen im Wissenschafts- und Hochschulsystem, die nicht durch konkreten politischen oder administrativen Bedarf motiviert sind (z. B. im Rahmen von *Foresight*-Studien, Szenarientwicklung und Simulationen), hervorbringen kann.

II.2 Forschungsförderung

Während die o. a. außeruniversitären Einrichtungen der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung im Rahmen ihrer Forschungstätigkeiten häufig nur über die Tagungs- und Publikationsaktivität ihrer wissenschaftlichen Leitungspersonen internationale Sichtbarkeit erzielen, sieht die Lage besser aus, wenn man disziplinär gebundene Forscherinnen und Forscher an Universitäten in das Bild einbezieht. Aus multi-disziplinären Forschungszusammenhängen an Universitäten haben sich immer wieder auch international anschlussfähige Projekte vor allem im Rahmen der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) entwickelt. Als Beispiele seien hier *pars pro toto* auf Wissenschaft und Hochschulen bezogene Arbeiten der Sonderforschungsbereiche „Staatlichkeit im Wandel“ (Universität Bremen) oder „Reflexive Modernisierung“ (LMU München) sowie die Arbeiten der DFG-geförderten Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen: Neue Governanceformen“ (Koordination: DUV Speyer) genannt, in der verschiedene disziplinäre Perspektiven in einem größeren Kontext der Wissenschafts- und Hochschulforschung miteinander verknüpft werden konnten. Gleiches deutet sich heute bereits für das DFG-Schwerpunktprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Das Verständnis fragiler und konfligierender wissenschaftlicher Evidenz“ (Universität Münster) an.

Um die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland zu stabilisieren, wissenschaftlichen Nachwuchs für entsprechende Fragestellungen zu interessieren und die Fähigkeit der beiden Felder zur fundierten Politikberatung weiterzuentwickeln, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2001 verschiedene Förderlinien aufgelegt, deren quantitative Dimensionen im Folgenden kurz aufgezeigt werden sollen. |²⁴

Zur Förderung der Wissenschaftsforschung hat die BMBF-Förderinitiative „Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft“ (2001-2013)

|²⁴ Die genannten Fördersummen entsprechen den Angaben in Auswertungen der Projektträger zu den BMBF-Förderprogrammen, die auf Anforderung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates bereitgestellt wurden. Den Angaben zu den prozentualen Anteilen der außeruniversitären Einrichtungen im Bereich der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung an den Fördervolumina der einzelnen Programme liegen eigene Berechnungen der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates zugrunde.

insgesamt 12,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Davon entfielen 4,8 Mio. Euro auf das Programm „Wissen für Entscheidungsprozesse“ und 7,3 Mio. Euro auf das Folgeprogramm zur „Neuen Governance der Wissenschaft“. Einschlägig spezialisierte Einrichtungen der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung hatten im ersten Programm einen Anteil von ca. 9 % an der Bewilligungssumme. Im zweiten Programm stieg dieser Anteil auf gut 27 %. Das Gros der Fördersumme wurde in beiden Programmen von „klassischen“ disziplinären Universitätsprofessuren eingeworben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den BMBF-Förderschwerpunkt „Hochschulforschung“. Hier beläuft sich die Gesamtfördersumme auf rund 63,9 Mio. Euro, aufgeteilt in fünf Förderlinien – ohne die 2014 hinzukommende Förderlinie „Begleitforschung zum Qualitätspakt Lehre“. Darin enthalten sind auch 8,7 Mio. Euro für weitere Vorhaben der Hochschulforschung, von denen sieben Mio. Euro auf Teilprojekte des Kompetenzzentrums Bibliometrie am iFQ, FIZ Karlsruhe, Fraunhofer ISI und an der Universität Bielefeld entfielen. Einrichtungen und Abteilungen der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung haben im Förderschwerpunkt „Hochschulforschung“ je nach Förderlinie zwischen drei und 26 % der jeweiligen Fördersummen eingeworben. Das Gros der Fördermittel wurde auch hier mit je nach Förderlinie zwischen 62 % und 94 % durch erfolgreiche Forschungsanträge von disziplinär ausgerichteten Universitätsprofessuren eingeworben.

Über die internationale Sichtbarkeit und wissenschaftliche Anschlussfähigkeit der im Rahmen dieser in der Mehrzahl noch relativ jungen Förderlinien geförderten Projekte lässt sich heute noch keine eindeutige Prognose abgeben. Auffällig ist jedoch bereits jetzt, dass die auf empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung spezialisierten Einrichtungen in der auf das Feld zugeschnittenen BMBF-Programmförderung relativ schwach, die in Disziplinen verankerten Universitätsforscherinnen und -forscher – vor allem im Bereich der Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften – relativ stark vertreten sind. Für die inhaltliche Bereicherung des Feldes durch eine Vielzahl an neuen disziplinären Impulsen und daraus entstehenden themenorientierten Kooperationsmöglichkeiten über die disziplinären Grenzen hinweg hat dies positive Auswirkungen. Für eine langfristige Entwicklung der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung, die einen Strukturausbau einschließen würde, reichen jedoch Förderinitiativen allein nicht aus.

II.3 Studienangebote und wissenschaftlicher Nachwuchs

Im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulforschung existieren spezialisierte Studienangebote im Masterbereich, von denen einige in den vergangenen Jahren neu eingerichtet worden sind. Hierbei haben sich zivilgesellschaftliche Akteure – vor allem der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, jüngst auch

die Mercator-Stiftung – durch die zeitlich befristete Stiftung von einschlägig denominierten Professuren und Stipendienprogrammen große Verdienste erworben. Darüber hinaus tragen Hochschullehrerinnen und -lehrer, die in den beiden Feldern forschen, mit entsprechenden Themen zur grundständigen Lehre in ihren Herkunftsdisziplinen bei. Zurzeit besteht auf nationaler Ebene ein Studienangebot für den Graduiertenbereich, das beispielsweise von der Universität Bielefeld (Master „*History, Philosophy and Sociology of Science*“), der Leibniz Universität Hannover (Master „Wissenschaft und Gesellschaft“) und der Humboldt-Universität zu Berlin (Master „Wissenschaftsforschung“) abgedeckt wird. Zu den beiden letztgenannten Masterprogrammen tragen das DZHW und das iFQ als Kooperationspartner bei und haben diese gemeinsam mit den Universitäten in den vergangenen vier Jahren aufgebaut. Neben weiteren Studiengängen, die eher allgemeineren Problemstellungen z. B. des Bildungsmanagements (Universität Oldenburg) gewidmet sind oder auf die didaktische Weiterbildung von Lehrenden zielen (Universität Hamburg), bestehen an der Fachhochschule Osnabrück und der DUV Speyer postgraduale Masterprogramme für das Wissenschafts- und Hochschulmanagement. Komplettiert wird dieses Portfolio durch Weiterbildungsangebote z. B. des Zentrums für Wissenschaftsmanagement Speyer.

Dieses Studienangebot erweist sich für die heutige Nachfrage seitens der Studierenden als knapp ausreichend, wird aber den zukünftigen Bedarf an Absolventinnen und Absolventen, die profunde Kenntnisse im Wissenschafts- und Hochschulmanagement mit einer hohen Expertise in der Erhebung, Analyse und Bewertung von komplexen Leistungsdaten aus Forschung und Lehre verbinden, kaum befriedigen können. Ein solcher Bedarf an doppelt qualifizierten Masterabsolventinnen und -absolventen wird sich bereits mittelfristig bei allen Einrichtungen des Wissenschaftssystems sowie bei Förderorganisationen, Stiftungen und Ministerien entwickeln.

Noch deutlich ungünstiger als im Bereich der Masterangebote stellt sich gegenwärtig die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in beiden Feldern dar. Nach Auslaufen des einschlägigen Graduiertenkollegs am 2012 aufgelösten IWT der Universität Bielefeld gibt es keine von mehreren Disziplinen gemeinsam getragene strukturierte Doktorandinnen- und Doktorandenausbildung in der Wissenschaftsforschung mehr – für die Hochschulforschung hat es sie nie gegeben. Der wissenschaftliche Nachwuchs in der Hochschul- und Wissenschaftsforschung promoviert in der Regel im Rahmen von Drittmittelprojekten. Mit Blick auf die schwache Institutionalisierung der Wissenschafts- und Hochschulforschung in Form von Professuren oder Planstellen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen bieten sich dem wissenschaftlichen Nachwuchs nach der Promotion nur wenige Perspektiven für einen Verbleib im Forschungsfeld.

B. Institutionelle und strukturelle Perspektiven der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland: Handlungsbedarfe und Empfehlungen

Die Ausführungen in Abschnitt A. haben verdeutlicht, dass die Wissenschaftsforschung und die Hochschulforschung als interdisziplinäre Unternehmungen für die beobachtende Begleitung des Wissenschaftssystems und der tertiären Bildung sowie für darauf aufbauende Analysen und wissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfen von großer Bedeutung sind. Zugleich wurde gezeigt, dass beide Forschungsfelder in Deutschland bislang vor allem in dem mit empirischen Forschungsmethoden arbeitenden und empirische Daten generierenden Wissenschaftsspektrum über eine verhältnismäßig schwache institutionelle Verankerung verfügen. Im Folgenden werden zunächst in Abschnitt B.I. wesentliche Desiderate aber auch Potenziale und Ansprüche an die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland bilanziert. Hieraus werden in Abschnitt B.II. dezidierte Empfehlungen für den bereits eingeleiteten institutionellen Aufbau eines künftigen Kompetenzzentrums für Methoden und Forschungsdaten entwickelt. In Abschnitt B.III. werden abschließend grundlegende Empfehlungen für eine strukturelle Entwicklungs- und Kooperationsperspektive beider Felder in Deutschland gegeben.

In der Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland wurden in Teilbereichen beider Felder in der Vergangenheit beachtliche Forschungsleistungen erzielt. Dies gilt vor allem für den durch ein Max-Planck-Institut und weitere außeruniversitäre Einrichtungen abgedeckten Bereich der Wissenschaftsgeschichte sowie für die an Universitätsprofessuren betriebene Forschung zur Hochschulgeschichte – insbesondere zur historischen Entwicklung der deutschen Universität – sowie zum Wissenschafts- und Hochschulrecht. Bereiche wie die Wissenschaftsphilosophie und die Innovationsforschung sind ebenfalls im Rahmen universitärer und – im Falle letzterer – auch außeruniversitärer Forschung in Wirtschafts- und Technikforschungsinstituten gut abgedeckt und international relevant.

Anders stellt sich die Lage für die empirische Wissenschaftsforschung im sozialwissenschaftlichen Kontext dar. Hier sind trotz beachtlicher Forschungsleistungen in den 1970er und 1980er Jahren |²⁵ – die häufig in bzw. beeinflusst von den Arbeiten an Max-Planck-Instituten oder universitären Schwerpunkten wie z. B. dem IWT in Bielefeld entstanden – in den 1990er Jahren Rückbautendenzen zu verzeichnen gewesen, die die empirische Wissenschaftsforschung in Deutschland gerade in einer Phase erhöhter Dynamik und Internationalisierung ihres Gegenstands maßgeblich geschwächt haben. Entsprechend beklagt das Gutachten zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) bereits 1999 das Fehlen eines kontinuierlichen Monitorings des Wissenschaftssystems auf einer durch Forschungsevidenz fundierten Grundlage, „das Fehlentwicklungen aufzeigen und zur Koordination von Aufgaben und Organisationsformen seiner einzelnen Teile beitragen könnte“. |²⁶ Diesem Mangel konnte bislang auch das 2005 zur Lösung dieser Aufgabe gegründete iFQ nicht abhelfen.

Für die empirische Hochschulforschung zeigt sich bei einer etwas besseren institutionellen Ausgangslage ein ähnliches Bild. Hier gab und gibt es z. B. mit der Hochschulforschung am HIS – jetzt Abteilung Hochschulforschung im DZHW – oder dem INCHER an der Universität Kassel vergleichsweise gut ausgestattete Kerne, die sichtbare Forschungsleistungen im Bereich der quantitativen Studierendenforschung (HIS-HF) oder der Absolventenforschung (INCHER) in langen

|²⁵ Hier sind vor allem Arbeiten zur politischen Steuerbarkeit und Problemlösungsfähigkeit von wissenschaftlichen Disziplinen und disziplinären Feldern, zu den Interdependenzen der Wissenschaft mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen sowie zur Aufklärung von Forschungsprozessen im Laboralltag zu nennen.

|²⁶ Siehe Forschungsförderung in Deutschland: Bericht der Internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, Hannover 1999, S. 8.

Zeitreihen sowie – mit Blick auf die verfügbaren Personalkapazitäten weniger ausgeprägt – im Bereich der Forschung zu Steuerungsinstrumenten, Qualitätssicherung und finanziellen Grundlagen für die Hochschulentwicklung aufweisen konnten und können. Diese Potenziale hat der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung 2013 gewürdigt. Gleichzeitig hat er festgestellt, dass eine zu starke Orientierung an der politischen und administrativen Nachfrageseite und zu geringe Präsenz im internationalen wissenschaftlichen Feld zu einer Schwächung der methodischen Kompetenzen und damit der Leistungsfähigkeit in Forschung und evidenzbasierten Dienstleistungen für Politik und Praxisakteure geführt hat. In einer vergleichbaren Situation steht – bei deutlich geringeren Personalkapazitäten und zum Teil noch höherer Abhängigkeit von Auftragsforschung – auch das Gros der anderen außeruniversitären Einrichtungen der empirischen Hochschulforschung in Deutschland.

Die Einrichtungen der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland haben – teilweise kontinuierlich seit über 40 Jahren – Forschungsdaten vor allem zum nationalen Wissenschafts- und Hochschulsystem gesammelt. Der größte aktuelle Handlungsbedarf besteht deshalb darin,

- _ diese Daten systematisch und entsprechend dem Stand der aktuellen Informationstechnologien zusammenzuführen und für die Nutzung durch alle interessierten Disziplinen, Fachgemeinschaften und Forschungsfelder digital aufzubereiten und zugänglich zu machen;
- _ das Methodenportfolio, mit dem diese Daten heute erhoben werden, nach internationalen Standards nicht nur zu modernisieren, sondern selbst eine führende Rolle in der Methodenentwicklung und Methodentriangulation anzustreben;
- _ dort, wo es eine ganzheitliche Sichtweise auf Forschung, Lehre, Studium und wissenschaftliche Karriereverläufe erfordert, die unterschiedlichen methodischen Ansätze aus der empirischen Sozialforschung und der quantitativen Wissenschaftsforschung zusammenzuführen und dabei
- _ insgesamt die Langzeitstudien im Bereich der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung an den zunehmenden Schnittstellenbereichen, etwa dem *Monitoring* des wissenschaftlichen Nachwuchses, um die Analyseperspektive des jeweils anderen Feldes zu ergänzen;
- _ eine theoretisch und methodisch fundierte Indikatorik für das Wissenschaftssystem insgesamt zu entwickeln sowie
- _ die Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungspartnern in international vergleichenden Langzeituntersuchungen zur empirischen Wissenschafts- und

Hierfür sind an den Daten generierenden Einrichtungen in ausreichendem Maße wissenschaftliches Personal und zeitliche Freiräume für eine eigenständige Methoden- und Theorieentwicklung für die Erhebungs- und Auswertungsdesigns ebenso notwendig wie ein unkomplizierter Zugriff für externe Forscherinnen und Forscher auf diese Daten. Dies erfordert auch neue Kooperationsstrukturen in und zwischen beiden Forschungsfeldern sowie zwischen den Forschungsfeldern und den Dateninteressenten in Politik, Wissenschaft sowie im Wissenschafts- und Hochschulmanagement, damit die Forschungsinteressen und Anwendungsbedürfnisse aller interessierten Parteien sinnvoll abgestimmt werden können. Eine solche Koordination würde voraussichtlich auch maßgeblich zur Qualität und Qualitätssicherung der Forschungsdaten beitragen.

Als institutioneller Ankerpunkt für diese Koordination sollte ein entsprechend aufgestelltes Forschungsdatenzentrum (FDZ) als gemeinsame Forschungsinfrastruktur für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung fungieren, dessen Einrichtung beim HIS-HF bzw. DZHW der Wissenschaftsrat bereits 2013 nachdrücklich empfohlen hat. |²⁷ Betrachtet man die Katalysatorfunktion, die beispielsweise das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) als Forschungsinfrastruktur für eine erfolgreiche und im internationalen Vergleich herausragende interdisziplinäre Sozialforschung deutscher Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaftler entfaltet hat, so lässt sich die Einrichtung eines gemeinsamen FDZ auf dem jeweils neuesten Stand der Indikatorik und Methodenentwicklung für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung als große Chance für die methodische, theoretische und nicht zuletzt auch die institutionelle Weiterentwicklung beider Felder durch verstärkte Zusammenarbeit, gemeinsame Forschungsagenden und verstetigte strukturelle Forschungszusammenhänge begreifen. Unabdingbar für die Qualität der Forschungsdaten einer solchen Einrichtung ist – wie ebenfalls das Beispiel des SOEP zeigt – ein hohes Maß an international sichtbarer und mit den internationalen Fachgemeinschaften vernetzter Eigenforschung der datengenerierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Im Bereich der geistes- und sozialwissenschaftlichen Theorienentwicklung hat die empirische Wissenschaftsforschung in der Vergangenheit wertvolle Beiträge geleistet, während die empirische Hochschulforschung zumindest im internationalen Vergleich als Treiber theoretischer Innovationen noch wenig in den

|²⁷ Siehe Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, S. 19.

Vordergrund getreten ist. Hier bietet vor allem der gerade in Deutschland zurzeit dynamische Wandel des Wissenschafts- und Hochschulsystems hervorragende Chancen, in Zusammenarbeit beider Felder zu neuen Erklärungen und theoretischen Einsichten zu kommen, die international von Interesse sind. So sind z. B. die Effekte der noch relativ neuen organisationalen Verschränkungen von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung von Funktionsrollen und Profilen für Forschung und Lehre sowie hierauf bezogenen Karrierechancen in den jeweiligen Organisationstypen bislang weitgehend unerforscht. Gleiches gilt z. B. für die wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung von neuen Einflussfaktoren auf die Leistungen in Forschung und Lehre – zu denken ist hierbei vor allem an große Forschungsinfrastrukturen (*Big Science* versus *Small Science*), intermediäre Akteure (Akkreditierungs- und Evaluationsagenturen) oder an ein wachsendes mediales und öffentliches Interesse am Vergleich wissenschaftlicher Performanz (*Ratings* und *Rankings*). Auch die zunehmende Verschränkung von Forschungszusammenhängen zwischen Wirtschaftsunternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten mit ihren Auswirkungen auf die Erweiterung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die industrielle Innovationsfähigkeit sind bislang noch nicht hinreichend durch fundierte wissenschaftliche Erforschung erschlossen.

Diese aktuellen Veränderungsprozesse im Gegenstandsbereich der Wissenschafts- und Hochschulforschung sind zunächst Chancen und Anknüpfungspunkte für deren sozialwissenschaftlich-empirisch arbeitende Teilbereiche: insbesondere die Wissenschaftssoziologie, die auf Wissenschafts- und Innovationsysteme sowie auf wissenschaftliche Politikberatung bezogene politik- und verwaltungswissenschaftliche Governance- und Policy-Forschung (*Science Policy Studies*), die Wissenschaftsökonomie sowie generell die empirisch ausgerichtete Hochschulforschung in allen ihren Facetten. Verstärkte Kooperationen zwischen den außeruniversitären Einrichtungen des Feldes und den interessierten disziplinär forschenden Professuren sind vor allem in diesen Bereichen notwendig und sollten zu sichtbaren Forschungsnetzwerken führen.

Die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung sollte allerdings jederzeit auch offen bleiben für die mit erkenntnistheoretischen, historisch-hermeneutischen und normativen Methoden arbeitenden Disziplinen. Hier sollten in enger Kooperation Anregungen wechselseitig aufgenommen und weitergegeben werden. Insbesondere ist bei der institutionellen Stabilisierung der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung zu berücksichtigen, dass dem Wissenschaftsrecht und der rechtswissenschaftlichen Hochschulforschung in Deutschland eine im internationalen Vergleich hervorgehobene Bedeutung zukommt. Diese erwächst aus der weltweit einmaligen verfassungsrechtlichen Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit in Art. 5 GG (und deren Folgen z. B. für das Arbeitsrecht wissenschaftlicher Beschäftigter) sowie der Existenz von sech-

zehn Hochschulgesetzen mit jeweils unterschiedlichem Regulierungsinhalt und Regulierungsdichte auf Länderebene.

B.II ERFOLGSBEDINGUNGEN DER WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG IM DZHW

Für einen Teil der in B.I. angeführten Aufgaben der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland bietet sich die Bearbeitung in bereits vorhandenen Strukturen außeruniversitärer Einrichtungen an. Dies gilt vor allem für den Aufbau einer dauerhaften Infrastruktur für empirische Forschungsdaten sowohl aus der Wissenschafts- wie auch aus der Hochschulforschung, einschließlich deren Qualitätssicherung, Aufbereitung und Bereitstellung für externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Von einer solchen Bündelung der Forschungsdateninfrastruktur der beiden Felder in einem nationalen Kompetenzzentrum mit angeschlossenem Forschungsdatenzentrum für den gesamten Bereich lassen sich mittelfristig beträchtliche Forschungssynergien erwarten, die beide Felder aufeinander beziehen und zu verstärkter Kooperation anregen werden. Ein solches Kompetenzzentrum kann ausgehend von den Strukturen zweier Einrichtungen aufgebaut werden, die bereits heute einen großen Teil der in Deutschland erhobenen quantitativen Daten zum Wissenschafts- und Hochschulsystem generieren und auswerten: die Abteilung Hochschulforschung im DZHW (bis September 2013: HIS-HF), Hannover, und das iFQ, Berlin. Die in seinem Namen bereits angelegte Gründungsin-tention des DZHW liegt in der Entwicklung von wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit, die beide Forschungsbereiche erfolgreich in solchen Problemfeldern zusammenführt, in denen diese doppelte Expertise gefordert ist – in B.I. wurde bereits ausgeführt, dass dies für eine wachsende Zahl der aktuellen und anstehenden Themen des Wissenschafts- und Hochschulsystems der Fall ist. Der Erfolg des DZHW wird entsprechend danach zu beurteilen sein, ob es gelingt, einschlägige personelle und disziplinäre Expertise für die wissenschaftlich fundierte Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung von Forschungsdaten und konzeptionellen Analysen zu bündeln und sowohl für eine theoriegeleitete Forschung in beiden Feldern als auch für die praxisorientierte Anwendung und Beratung zugänglich zu machen.

Die Steigerung der Synergien von empirischer Wissenschafts- und Hochschulforschung und eine daraus resultierende verbesserte Responsivität und Analysefähigkeit, können als die entscheidenden Bewertungsmaßstäbe gelten, an denen der Aufbau von Arbeitsstrukturen, die Forschungstätigkeit, das Management der Forschungsdaten sowie die Qualität der generierten Daten im Rahmen von Beratungsprozessen und anderen Dienstleistungen für Politik, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu messen sein werden. Dies ist ein hoher An-

spruch für die beiden Einrichtungen, die künftig das DZHW tragen sollen, da sie im Prozess der Zusammenführung nicht nur zwei bislang getrennt operierende Forschungskulturen miteinander kompatibel machen, sondern auch die in der Vergangenheit zutage getretenen Schwächen in ihrer eigenen Leistungsfähigkeit überwinden müssen. Gleichzeitig setzt die notwendige wissenschaftliche Leistungssteigerung in einer gemeinsamen Einrichtung der Hochschul- und Wissenschaftsforschung auch neue Prämissen für Bund und Länder als Gesellschafter, die – auch im Rahmen ihrer Datennachfrage und Auftragsvergabe – dem DZHW zeitliche Spielräume für die wissenschaftliche Methoden- und Theorieentwicklung einräumen müssen.

Im Folgenden werden zunächst die jüngsten Entwicklungen beider Einrichtungen sowie deren Stärken und Schwächen kurz referiert, um Empfehlungen für ein Zusammenführungsszenario herleiten zu können.

II.1 Gründung und Ausbau des DZHW: Entwicklungen seit der Evaluierung des HIS-HF durch den Wissenschaftsrat

Im Rahmen seiner Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF) vom Januar 2013 hat der Wissenschaftsrat dem Institut bescheinigt, das größte auf forschungsbasierte Dienstleistungen für den Hochschulsektor und die Hochschulpolitik ausgerichtete Institut in Deutschland und Europa zu sein. Die Vielzahl der am HIS-HF durchgeführten Erhebungen kombiniert mit der hierzu notwendigen methodischen und informationstechnischen Kompetenz und einem in vier Jahrzehnten aufgebauten einzigartigen Datenbestand zum deutschen Hochschulsystem machten das HIS-HF zu einer datenerfassenden und -verarbeitenden Einrichtung von nationaler Bedeutung mit dem Potenzial, als künftiges Kompetenzzentrum für Methoden und Forschungsdaten der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland dringend benötigte Ausbau- und Integrationsimpulse zu geben. |²⁸ Um diesen Weg erfolgreich beschreiten zu können, wurde dem HIS-HF unter anderem eine Aktualisierung seiner methodologischen und theoretischen Kompetenzen insbesondere auf dem Gebiet der großen Umfrage- und Längsschnittstudien empfohlen und eine Integration von Frage- und Problemstellungen vor allem aus der Wissenschaftsforschung in die Erhebungsdesigns und die Entwicklung neuer Forschungsprojekte angemahnt.

|²⁸ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, S. 16 und 77.

Im Juni 2013 hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum HIS-HF reagiert. Bund und Länder haben in einer Ausführungsvereinbarung beschlossen, ein „Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung“ (DZHW) zu gründen und das HIS-HF aus der HIS GmbH in dieses Zentrum zu überführen. |²⁹ Seit 1. September 2013 ist das DZHW in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH eingerichtet; unter dem Dach einer noch nicht besetzten wissenschaftlichen und einer administrativen Geschäftsführung führt es bislang zwei Abteilungen: Hochschulforschung und Hochschulentwicklung. Für beide Abteilungen werden getrennte Wirtschaftspläne geführt. Die Abteilung Hochschulforschung – das ehemalige HIS-HF – im DZHW wird vom 1.9.2013 bis zum 31.12.2016 nach Art. 91b GG in einer 90:10 Bund-Länder-Finanzierung, ab 2017 mit einem 70:30 Finanzierungsschlüssel gefördert. Sie unterhält zurzeit die Arbeitsbereiche „Studierendenforschung“, „Absolventenforschung“, „Lebenslanges Lernen“, „Steuerung, Finanzierung, Evaluation“ sowie „Methoden- und Befragungsservices“.

Der frühere Unternehmensbereich „Hochschulentwicklung“ der HIS-GmbH, der zurzeit ebenfalls dem DZHW als eigenständige Abteilung angehört, wird das Zentrum zum 31.12.2014 wieder verlassen, um in einem noch nicht näher bestimmten Zuschnitt bzw. Geschäftsmodell von den Ländern weiter getragen zu werden. Die Abteilung Hochschulentwicklung wird auch im Rahmen des DZHW im Jahr 2014 ausschließlich von der Länderseite finanziert.

II.1.b Zusammenführung mit dem iFQ

Gleichzeitig hat die GWK den Wissenschaftsrat gebeten, zu den Möglichkeiten der Zusammenführung des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) mit dem neuen Zentrum Stellung zu nehmen und hierbei die Entwicklungspotenziale und notwendigen Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Einrichtung aufzuzeigen. Die bisherige Trägerschaft des iFQ als „Hilfseinrichtung der Forschung“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) endet mit Ablauf des jetzigen Arbeitsprogramms (2012-2015) im Jahr 2015.

Zu den Hauptaufgaben des iFQ zählen die Information über das deutsche und internationale Forschungs- und Wissenschaftssystem, die Analyse der Entwick-

|²⁹ Bekanntmachung der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) – AV-DZHW -, in: BAnz AT 27.09.2013 B5.

lungen des Wissenschaftssystems, insbesondere die empirische Erforschung der Stärken und Schwächen der Forschungsförderung und der Governancestrukturen, sowie die Unterstützung und Beratung verschiedener Akteure aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Verwaltung und Politik mit forschungsbasierten Dienstleistungen (vgl. hierzu und zum Folgenden Anhang 2). Am iFQ werden gegenwärtig die Themenfelder „Evaluation und Begutachtungswesen“, „Indikatorik und Methoden“, „Nachwuchs und Karrieren“ sowie „Analysen des Wissenschaftssystems“ bearbeitet. Im Rahmen einer institutionellen Evaluierung unter Federführung der Leibniz-Gemeinschaft wurde dem iFQ 2009 attestiert, sich „zu einer unverzichtbaren Einrichtung auf dem Gebiet der deutschen Wissenschaftsforschung zu entwickeln“. |³⁰ Als Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zur empirischen Wissenschaftsforschung an Universitäten und anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurde die „spezifische Kombination von Service und Forschung“ hervorgehoben.

Hierfür hat das iFQ eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut und in Längsschnittstudien – z. B. zur Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses – für Politik und Forschung relevante Forschungsdaten erhoben. Seit der Entscheidung der DFG vom Oktober 2012, das iFQ über das Jahr 2015 hinaus nicht weiter zu fördern, ist das Institut mit einer degressiven Grundfinanzierung für Haushaltsprojekte konfrontiert, die voraussichtlich bis zum Jahr 2015 zu einer Haushaltslücke von 1.434 Tsd. Euro führen wird. Unter den Forschungs- und Serviceprojekten des iFQ, die bisher aus dem von der DFG bereitgestellten Haushalt finanziert wurden, erhalten die Projekte „Wissenschaftliches Fehlverhalten“, „Wissenschaftlerbefragung“ und „Postdoc-Monitoring“ keine Mittel mehr. Haushaltsprojekte wie „ProFile“ und „Monitoring der Exzellenzinitiative“ erhielten eine Auslauffinanzierung bis Dezember 2013, der Ansatz für Softwareentwicklung wurde von 480 Tsd. Euro auf 240 Tsd. Euro reduziert. Eine Ursache für zuletzt bemängelte qualitative Probleme der Forschung und einer zu geringen wissenschaftlichen Sichtbarkeit des Gros der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann u. a. in einer Überdehnung des vom iFQ bearbeiteten ehrgeizigen Projekt- und Themenportfolios gesehen werden, einschließlich einer hierfür zu geringen Personalstärke.

iFQ und HIS-HF – bzw. die Abteilung Hochschulforschung des heutigen DZHW – haben in der Vergangenheit vor allem auf dem Themenfeld „Untersuchungen zum wissenschaftlichen Nachwuchs“ bereits miteinander kooperiert und unter anderem bei der Erstellung des Bundesberichts wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) eng zusammengearbeitet. Für beide Einrichtungen lässt sich feststel-

|³⁰ Leibniz-Gemeinschaft: Bewertungsbericht Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ), Bonn, vertrauliches Dokument, REF 0111/09, 10.07.2009, S. B3.

len, dass sie in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich Träger der im nationalen Rahmen wichtigsten Forschungsdatensammlungen sind und an ihren Standorten eine entsprechende methodische Fachkompetenz konzentriert haben. Ebenfalls gemeinsam ist beiden Einrichtungen, dass sie sich in jüngster Zeit am Aufbau von universitären Masterstudiengängen zur empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung beteiligt haben und die dortige Lehre mitgestalten. Das iFQ ist darüber hinaus Mitausrichter der *European Summer School for Scientometrics* (esss) und weiterer internationaler Fachtagungen.

Entsprechend ihrer Bedeutung als Forschungsinfrastrukturträger für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung und dem außer Frage stehenden Bedarf, die Zusammenarbeit beider Felder über eine gemeinsame Forschungsdateninfrastruktur zu erleichtern, gibt der Wissenschaftsrat Empfehlungen zu den Rahmen- und Erfolgsbedingungen einer Zusammenführung von iFQ und der Abteilung Hochschulforschung im DZHW unter dem Dach des DZHW.

Zu deren Ausarbeitung hat eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates ein im November 2013 von beiden Einrichtungen gemeinsam vorgelegtes „Konzept zur Zusammenführung des DZHW und des iFQ“ geprüft, die Ergebnisse der 2012 erfolgten Evaluierung des HIS-HF durch den Wissenschaftsrat berücksichtigt sowie eine Bewertung von Struktur- und Leistungsdaten des iFQ vorgenommen, die der Wissenschaftsrat 2013 angefordert hatte (siehe hierzu Anhang 2). Aufgrund der zeitlich bereits vorgängig erfolgten Gründung des DZHW in der oben angesprochenen Trägerschaft von Bund und Ländern und des hierauf bezogenen Prüfauftrags der GWK hat die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates institutionelle Alternativen zur jetzigen Trägerschaft und Finanzierung des DZHW nicht beraten können. Unter den gegebenen Bedingungen wird die Zielsetzung einer Zusammenführung des iFQ mit dem DZHW vom Wissenschaftsrat befürwortet, sofern die im Folgenden dargelegten Empfehlungen und Prüfaufträge im Zusammenführungsprozess Berücksichtigung finden. Über die Standortfrage sollte zu einem späteren Zeitpunkt unter Einbeziehung der noch zu besetzenden wissenschaftlichen Leitung des DZHW im Rahmen eines Strukturentwicklungskonzepts entschieden werden.

II.2 Anforderung an ein Kompetenzzentrum in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung

II.2.a Bewertung der Ausgangssituation beim HIS-HF und iFQ

Sowohl die Abteilung Hochschulforschung im DZHW als auch das iFQ haben in der Vergangenheit in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen Funktionen wahrgenommen, die sich durch eine Kopplung von Forschung mit Service- und Beratungsleistungen auszeichnen. Bei aller Unterschiedlichkeit im konkreten Aufgabenspektrum, der Institutionalisierungsgeschichte und der Zahl an wissen-

schaftlichen Beschäftigten lässt sich für beide Einrichtungen konstatieren, dass die Kopplung von Forschung und Service einhergehend mit einer hohen Abhängigkeit von Forschungsaufträgen und Zuwendungen bei beiden Einrichtungen zu im Ergebnis ähnlichen Folgen für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit geführt haben. Die einseitige Orientierung an und finanzielle Abhängigkeit von Serviceleistungen für ihre Gesellschafter und weitere *Stakeholder* hat beim HIS-HF keine an die internationalen Fachgemeinschaften adressierte Forschung entstehen lassen, während das iFQ u. a. auch bedingt durch seinen institutionellen Sonderstatus den Erwartungen der wissenschaftlichen Fachgemeinschaften an seine Forschungsbeiträge zunehmend weniger gerecht werden konnte.

Gleichzeitig ließ sich beim HIS-HF eine schleichende Schwächung der methodologischen und interdisziplinären Kompetenzen beobachten. Eine ähnliche Entwicklung ist beim iFQ aufgrund seiner sehr kurzen Institutionsgeschichte und der stärkeren Kopplung an die Hochschullehre und -forschung (über zwei Professuren) nicht zu beobachten. Bei beiden Einrichtungen lag der Anteil an Publikationen in internationalen referierten Fachzeitschriften in der Vergangenheit unter den Erwartungen (gleichwohl ist u. a. die Pro-Kopf-Publikationsaktivität am iFQ doppelt so hoch wie am ehemaligen HIS-HF). Die Probleme des iFQ, über die beiden Professuren hinaus die erwarteten Forschungsleistungen zu generieren, lassen sich nach Auffassung des Wissenschaftsrates unter anderem auch der Überdehnung des Aufgabenportfolios in Relation zum verfügbaren wissenschaftlichen Personal auf institutionalisierten Haushaltsstellen zuschreiben – in zwei von vier Arbeitsbereichen des Instituts liegt die verfügbare wissenschaftliche Arbeitskapazität diesbezüglich bei knapp über zwei Vollzeitäquivalenten (VZÄ).

Letztlich hat bei beiden Einrichtungen die strukturell bedingte Schwäche in der Grundlagenforschung zu Einschränkungen bei ihren Beratungs- und Serviceleistungen geführt, die durch eine Neuorganisation der beiden Bereiche und eine Konzentration auf prioritäre Aufgabenstellungen unter dem Dach des DZHW überwunden werden sollen.

II.2.b Prioritäten für eine gemeinsame Einrichtung

Im Zuge der von Bund und Ländern angestrebten Zusammenführung der beiden Einrichtungen sollen die aufgeführten strukturellen Mängel und daraus resultierende wissenschaftlich-inhaltliche Engführungen beim HIS-HF bzw. Selbstüberforderungen beim iFQ nicht nur abgestellt werden; es soll vielmehr durch die Zusammenführung ein deutlicher Mehrwert für die gesamte Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland entstehen. Ein solcher Mehrwert entsteht nach Auffassung des Wissenschaftsrates dann, wenn das DZHW als Kompetenzzentrum für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung einen signifikanten Beitrag zur methodologischen Zusammenführung

und strukturellen Stabilisierung der beiden bislang eher getrennt arbeitenden und auch in sich parzellierten Forschungsfelder leisten kann. Dazu sollte sich das Zentrum bei der Konzeption seiner künftigen Arbeitsschwerpunkte zum einen auf seine eigenen Forschungsdatenbestände und zum anderen auf den neuesten methodischen und theoretischen Stand vor allem der quantitativen Analysen in der internationalen empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung fokussieren. In diesem Zusammenhang sollten am künftigen DZHW in den kommenden fünf Jahren mit Nachdruck folgende Schritte eingeleitet werden:

- _ Höchste Priorität sollte der Aufbau eines Forschungsdatenzentrums (FDZ) als gemeinsame Forschungsinfrastruktur für die nationale und internationale empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung haben. In diesem institutionell und personell entsprechend ausgestatteten FDZ sollten die Forschungsdaten aus beiden Forschungsfeldern qualitätsgesichert zusammengeführt und in *Scientific Use Files* sowie *Campus Use Files* für Sekundäranalysen und die Hochschullehre bereitgestellt werden. Aus den Datenbeständen und -zugängen des heutigen iFQ sollten auch Datensätze zum europäischen und deutschen Forschungssystem in das FDZ eingespeist werden. Zu den weiteren Aufgaben eines FDZ am DZHW gehören unter anderem die Entwicklung und Bereitstellung von webbasierten Informationstools zu wissenschaftlichen Struktur- und Verlaufsdaten/Indikatoren sowie die Nutzerberatung und Qualitätssicherung beim Datenzugang. Der Anspruch eines künftigen DZHW, mit einem FDZ die maßgebliche Forschungsinfrastruktur für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung bereitzustellen, kann nur durch ein hohes Maß an methoden- und datenbezogener Eigenforschung eingelöst werden. Wie bei anderen erfolgreichen Forschungsinfrastrukturen in den Sozialwissenschaften auch, ist hierfür die Beteiligung am internationalen Fachdiskurs über Publikationen in *Peer Reviewed Journals* und internationale Tagungsbeiträge zwingend notwendig.
- _ Die Zusammenführung von eher lehr- und studiumsbezogenen Fragestellungen mit solchen, die eher an den Forschungsleistungen des Hochschul- und Wissenschaftssystems interessiert sind – einschließlich der um die jeweiligen Kontexte erweiterten Erhebungsdesigns und Analysestrategien –, sollte durch entsprechend qualifiziertes Personal hinterlegt sein und beim Abteilungsaufbau berücksichtigt werden. Prioritäres Ziel sollte dabei die Entwicklung von Instrumenten und Verfahren zu einer möglichst ganzheitlichen Perspektive auf das Wissenschaftssystem sein, in dem Hochschulen mit ihren Aufgaben in Forschung, Lehre, Aus- und Weiterbildung, Wissenstransfer und Innovation ein zentraler Stellenwert zukäme. Damit würde auch ein entscheidender Beitrag zur stärkeren wissenschaftlichen Evidenzbasierung der Beratungs- und Serviceangebote des DZHW geleistet.

– Die Entwicklung methodischer Verfahren und Instrumente zu einer solchen ganzheitlichen Betrachtung des Wissenschaftssystems sollten höchste Priorität genießen und im Rahmen geeigneter Untersuchungen entwickelt werden. Dies betrifft vor allem die Auslotung und Zusammenführung von Synergien zwischen den in der Hochschulforschung angewandten Methoden der quantitativen empirischen Sozialforschung – vor allem Surveys und Panelstudien in langen Zeitreihen – mit den Methoden der quantitativen empirischen Wissenschaftsforschung – vor allem der im iFQ vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Szientometrie. Qualitative Methoden der Sozialforschung, vor allem interviewbasierte und ethnologische Fallstudien, sollten perspektivisch im Rahmen der Methodentriangulation mit den quantitativen Analysestrategien verknüpft und in Erhebungsstrategien integriert werden. Letzteres bietet sich vor allem im Rahmen von Kooperationen mit externen Partnern an. Über die Entwicklung einer integrierten Methodenkompetenz am DZHW – einschließlich des von einem Konsortium unter Leitung des iFQ getragenen Kompetenzzentrums Bibliometrie – könnte bei geeigneter Institutionalisierung ein entscheidender Beitrag zu einer den heutigen Problemen im Wissenschaftssystem, z. B. der multifunktionalen Rolle von Universitäten, angemessenen stärkeren Vernetzung der Analysestrategien von empirischer Hochschul- und Wissenschaftsforschung geleistet werden. Auch dies setzt ein hohes Maß an eigener, international sichtbarer Forschung voraus.

Die Kooperation und Abstimmung von Längsschnittstudien sowie deren Erweiterung um die oben angeführte ganzheitliche Betrachtungsweise von Prozessen in Forschung, Lehre und Studium sollte

- zwischen ehemaligem HIS-HF und iFQ innerhalb des DZHW sowie
- zwischen dem DZHW und weiteren Einrichtungen, an denen langfristige Erhebungsreihen in der Wissenschafts- und Hochschulforschung durchgeführt werden – wie z. B. dem INCHER Kassel –

forciert werden. Sowohl ein erfolgreich aufgebautes Kompetenzzentrum im Methodenbereich wie auch das avisierte FDZ am DZHW könnten hierfür hervorragende Anknüpfungspunkte bieten. Dies gilt auch für die Bereitstellung von Beratungskapazitäten für kleinere externe Forschergruppen im Feld.

Durch eine eindeutige Prioritätensetzung in der Zusammenführung bisheriger und dem gemeinsamen Aufbau neuer Methodenkompetenz sowie der Qualitätssicherung eigener und fremder Forschungsdaten in einem FDZ erwartet der Wissenschaftsrat vom künftigen DZHW einen nachhaltigen Impuls für den Ausbau der Kooperationen innerhalb und zwischen den Fachgemeinschaften

der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung. |³¹ Letztere würden in die Lage versetzt, die Entwicklung in Wissenschaft und tertiärer Bildung auf Basis abgestimmter erhobener bzw. kombinierbarer Forschungsdaten aus einer Hand erforschen zu können oder Forschungsdaten aus dem DZHW für Vergleiche mit selbst erhobenen Daten nutzen zu können. Mittelfristiges Ziel muss es sein, mit dem DZHW als methodischem Kompetenzzentrum und dem FDZ am DZHW eine Ermöglichungsstruktur für die Entwicklung von Forschungsfragestellungen auch externer Akteure in der Wissenschafts- und Hochschulforschung zu schaffen, mit der den gestiegenen Wechselbezügen im Wissenschaftssystem, z. B. zwischen Forschung und tertiärer Bildung, Rechnung getragen wird. Auch Fragestellungen zu den wechselseitigen Beziehungen des Wissenschaftssystems mit seinen gesellschaftlichen Umwelten – insbesondere auch dem Wirtschaftssystem – müssen hierbei berücksichtigt werden. Grundlegend für den Erfolg einer solchen Zielrichtung ist eine Konzentration des DZHW auf die Rolle als Forum, Beratungs- und Unterstützungsakteur für die *Scientific Community* vor allem in der methodologischen Weiterentwicklung des Feldes und der Qualitätssicherung von Forschungsdaten.

Umgekehrt ist das DZHW auf eine Stärkung seiner Einbettung in die internationalen Fachgemeinschaften der Wissenschafts- und Hochschulforschung angewiesen, um sich sukzessive mit den notwendigen theoretischen Kompetenzen zu versehen, die ihm langfristig auch die Fähigkeit zur Publikation national und international sichtbarer eigener Forschungsbeiträge im Rahmen seiner Aufgabenbereiche ermöglichen sollen. Diese Einbettung sollte unter anderem durch die gezielte Rekrutierung von internationalen Forscherinnen und Forschern auf allen Qualifizierungsstufen (siehe auch B.II.2.c) als auch durch wissenschaftliche Qualitätssicherung in der Forschungspraxis – z. B. durch die Installation von extern besetzten Projektbeiräten und kleinen Steuerungsgruppen bei den Langzeituntersuchungen sowie eines Nutzerbeirats am geplanten FDZ |³² – befördert werden.

Als wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung stärker aufeinander bezogener Sichtweisen in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung wird vom DZHW darüber hinaus künftig der Aufbau einer strukturierten Graduiertenausbildung in Kooperation mit Hochschulen erwartet. Der Schwerpunkt eines Beitrags des DZHW sollte dabei vor allem in der Methodenausbildung und der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur liegen. Die bereits bestehenden

|³¹ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, S. 19 und S. 83 f.

|³² Siehe hierzu Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, S. 18, 72, 78, 84 u. 89.

Kooperationen von DZHW und iFQ mit Hochschulen im Rahmen der Masterstudiengänge zu „Wissenschaft und Gesellschaft“ an der Leibniz Universität Hannover (LUH) und „Wissenschaftsforschung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) sollten mittelfristig in Richtung einer *Graduate School* für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung ausgebaut werden. Als entscheidend für den Erfolg einer kooperativen Graduiertenausbildung an der LUH und der HU betrachtet der Wissenschaftsrat allerdings nicht nur die langfristige Absicherung von Abteilungs- und Arbeitsbereichsleitungen des DZHW durch Professuren an den beteiligten Hochschulen, sondern ein aktives und auf Dauer angelegtes Engagement der Hochschulen, das sich auch in komplementären Ausstattungen und Schwerpunktbildungen zeigen muss (siehe B.II.2.c). Sollte dies an der LUH und der HU nicht oder nur in Teilen gelingen, müssten gemeinsame Berufungen mit weiteren Hochschulen erfolgen, die entsprechend in die Graduiertenausbildung einzubeziehen wären. Grundsätzlich sollte das avisierte Graduiertenzentrum auch und gerade für den internationalen wissenschaftlichen Nachwuchs in beiden Feldern attraktiv sein und hierdurch auch neue Vernetzungsmöglichkeiten erschließen.

Sowohl aus den hier skizzierten Prioritäten für das künftige DZHW als auch aus den in Abschnitt B.II.1 und B.II.2 genannten Problemen von HIS-HF und iFQ in der Vergangenheit sollte deutlich geworden sein, dass das DZHW eigene theoriegeleitete Forschung betreiben muss, um die benötigte Kompetenz im Methoden- und Forschungsdatenbereich für darauf aufbauende Services und Beratungsleistungen aktuell halten und die wissenschaftliche Relevanz der durchgeführten Untersuchungen im internationalen Fachdiskurs unter Beweis stellen zu können. Die künftige wissenschaftliche Gesamtleitung des DZHW, der wissenschaftliche Beirat, aber auch die Gesellschafter des DZHW müssen großes Augenmerk auf ein austariertes Verhältnis von Eigenforschung auf der einen und Auftragsforschung, Services und weiteren Beratungs- und Transferleistungen auf der anderen Seite legen. Insbesondere sollten – wie zuletzt bereits beim HIS-HF von dessen wissenschaftlichem Beirat empfohlen – für den Bereich der Drittmittelprojekte Stoppregeln definiert werden, die die Annahme an den Beitrag dieser Projekte für die eigenen Forschungsschwerpunkte und die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses knüpfen. Erfolgreich kann eine solche Neutariierung von Forschungs- und Serviceorientierung zugunsten der für die Methodenentwicklung und theoriegeleitete Analyse nötigen Eigenforschung allerdings nur sein, wenn Bund und Länder als die maßgeblichen Nachfrager und Projektauftraggeber die hierfür notwendigen Handlungsspielräume und Zeithorizonte auch gewähren. Der Wissenschaftsrat empfiehlt Bund und Ländern als Gesellschaftern des DZHW deshalb nachdrücklich,

_ dem künftigen wissenschaftlichen Leiter des DZHW die volle Entscheidungsautonomie über die Annahme und Ablehnung von Drittmittelprojekten sowie von Forschungs- und Beratungsaufträgen einzuräumen,

- _ entsprechende Regelungen zur Sicherung des Eigenforschungsanteils – die von der neuen Gesamtleitung und einem neu besetzten wissenschaftlichen Beirat für ein zusammengeführtes DZHW noch festzulegen wären – im eigenen Nachfrageverhalten nach Leistungen der Einrichtung zu berücksichtigen und
- _ das für Politikberatung im Bereich der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung infrage kommende Beratungsnetzwerk in der Breite zu nutzen und gegebenenfalls zu diversifizieren.

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen aufgabenzentrierter Eigenforschung und Dienstleistungen für Dritte setzt bei einer Einrichtung wie dem DZHW, die beiden Anforderungen genügen muss, notwendigerweise eine Konzentration der Ressourcen auf die profilbildenden Schwerpunkte voraus. Diese Schwerpunkte sieht der Wissenschaftsrat ausgehend sowohl von den bisherigen Forschungskapazitäten und personellen Ressourcen von HIS-HF und iFQ sowie den in diesem Positionspapier definierten Anforderungen an eine stärker kooperative Wissenschafts- und Hochschulforschung zunächst eindeutig im Bereich der quantitativen Längsschnittstudien in der Studierendenforschung, den Forschungen zu Karriereverläufen des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie im Bereich der Indikatorik und der Forschungsmethoden für die Dauerbeobachtung des Wissenschaftssystems. Ein weiterer Schwerpunkt ergibt sich als *conditio sine qua non* für diese Bereiche in der allgemeinen Methoden- und Infrastrukturentwicklung. Auf diesen Feldern sollten institutionelle Haushaltsmittel in den kommenden fünf Jahren für die Eigenforschung eingesetzt und zusätzlich aktiv – bevorzugt kompetitive – Forschungsdrittmittel eingeworben werden. Über den Aufbau weiterer Schwerpunkte und die Entwicklung eines mit Blick auf die heute noch nicht absehbare Personalentwicklung am DZHW realistischen Forschungsprogramms sollte im Rahmen des Zusammenführungsprozesses ein wissenschaftlicher Beirat mitbefinden, dem ein entscheidender Stellenwert für das Gelingen der Zusammenführung der beiden Einrichtungen zukommt. Gemeinsam mit der künftigen wissenschaftlichen Geschäftsführung des DZHW, den Gesellschaftern und einem erweiterten Aufsichtsrat (s. u.) sollte der wissenschaftliche Beirat Prioritäten für einen sukzessiven und mit Blick auf die verfügbaren Ressourcen realistischen Aufbau des Themenportfolios am DZHW setzen. Hierbei sollten stets auch Vorschläge und Anregungen aus den Projektbeiräten und Steuerungsgruppen der Langzeituntersuchungen berücksichtigt werden.

II.2.c Strukturelle Voraussetzungen

Für die empfohlene Konzentration auf die Weiterentwicklung von Dauerbeobachtungsinstrumenten und entsprechenden Untersuchungsreihen wie für die Aufbereitung und Bereitstellung der generierten Forschungsdaten in einem FDZ

müssen am künftigen DZHW zunächst die personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Neben einer bereits dem HIS-HF empfohlenen Öffnung für weitere disziplinäre Zugänge durch Kooperationen und extern besetzte Steuerungsgruppen für die Langzeituntersuchungen |³³ muss auch das disziplinäre Spektrum des eigenen wissenschaftlichen Personals erweitert werden. Dies betrifft insbesondere die notwendige Kompetenzerweiterung im Bereich der Erhebungsinstrumente und Forschungsmethoden – z. B. durch eine gezielte Rekrutierung von wissenschaftlichem Personal aus der psychologischen und informationswissenschaftlichen Forschung. Geeignetes Personal mit Spezialisierungen in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung sollte auch unterhalb der Leitungsebene nicht nur in Deutschland, sondern gezielt im Ausland rekrutiert werden. Dies hilft sowohl der internationalen und disziplinären Vernetzung wie auch der Modernisierung der Langzeitstudien auf dem neuesten internationalen Stand. Die wissenschaftliche Leitung des DZHW sollte im Einvernehmen mit den Gesellschaftern attraktive Arbeitsbedingungen für international ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie vielversprechende Nachwuchskräfte bereitstellen und eine Strategie zur Personalgewinnung entwickeln. Dies wird gerade in der ersten Phase der Zusammenführung von iFQ und DZHW unabdingbar sein um den Erwartungen an ein Kompetenzzentrum für Forschungsdaten und Methoden in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung baldmöglichst gerecht werden zu können. Entsprechende Handlungsspielräume, die durch altersbedingt frei werdende Planstellen entstehen, sollten hierfür gezielt genutzt werden.

Mit der Abteilung Hochschulforschung im DZHW und dem iFQ sollen zwei – gerade auch mit Blick auf die jeweilige Kapazität an wissenschaftlichem Personal – strukturell verschiedenartige Institute zu einer Einrichtung zusammengeführt werden. In einem Zentrum, das für die beiden Forschungsfelder der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung gleichermaßen und dauerhaft eine gemeinsame Forschungsdateninfrastruktur und hierüber dauerhafte Kooperationen aufbauen soll, muss das aktuelle Ungleichgewicht zwischen einer personell gut repräsentierten empirischen Hochschulforschung auf der einen und einer hieran gemessen noch unterrepräsentierten Wissenschaftsforschung auf der anderen Seite entwicklungshemmend wirken (siehe die vergleichende Darstellung in Anhang 1). Die Zusammenführung würde in diesem Fall mit inhaltlicher Einseitigkeit des künftigen Forschungsprogramms einhergehen. Gerade in der Aufbauphase des FDZ würden sich personelle Engpässe und fehlende Kompetenzen in der Indikatorik des Wissenschaftssystems sehr nachteilig

|³³ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 2013, insbesondere S. 18, 22, 78-80, 95.

auswirken. Damit das Zentrum die gestellten Erwartungen erfüllen kann, empfiehlt der Wissenschaftsrat daher, die empirische Wissenschaftsforschung im DZHW personell zu stärken. Hierbei wäre wiederum zu prüfen, ob, wo und in welchem Umfang diese Verstärkung durch externe Neurekrutierung bzw. durch Zuweisung von neuen Arbeits- und Forschungsaufgaben bei bereits vorhandenem wissenschaftlichem Personal erreicht werden kann. Bei externen Neurekrutierungen – die in jedem Falle im Rahmen internationaler Ausschreibungen vorgenommen werden müssten – sollten wiederum die Spielräume genutzt werden, die das absehbare altersbedingte Ausscheiden gegenwärtiger wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bietet.

Überlegungen zu einer räumlichen Verteilung eines zusammengeführten DZHW werden in hohem Maße von den heute noch nicht prognostizierbaren Kontextbedingungen in Hannover und Berlin abhängen. Solange die Verankerung von Abteilungsleitungen des DZHW durch entsprechende Professuren, Ausstattungen und Schwerpunkte an den lokalen Universitäten noch nicht erfolgt bzw. langfristig abgesichert ist, können Standortfestlegungen für die Abteilungen nur vorläufig erfolgen.

Der Wissenschaftsrat gibt deshalb zum jetzigen Zeitpunkt zur strukturellen Ausgestaltung der Abteilungen des künftigen DZHW und der Frage ihrer Standorte keine Empfehlungen. Ausgehend von den bisherigen Standorten des iFQ und des DZHW sollten Möglichkeiten und Grenzen räumlicher Zusammenführung bzw. arbeitsfähiger Strukturen an beiden Standorten in den nächsten fünf Jahren des Zusammenführungsprozesses laufend überprüft und

- _ an die Erfordernisse des spätestens ab 2015 von der wissenschaftlichen Geschäftsführung, dem wissenschaftlichen Beirat und den Gesellschaftern zu fixierenden Forschungsprogramms sowie
- _ an die Planungen der Länder Berlin und Niedersachsen bzw. die Entwicklungsplanung der lokalen Hochschulen zur Absicherung bereits existierender, aber zeitlich befristeter Professuren (Berlin, HU) bzw. der Etablierung universitärer Schwerpunkte zur empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung an beiden Standorten

angepasst werden. Von der künftigen wissenschaftlichen Leitung des DZHW erwartet der Wissenschaftsrat binnen eines Jahres die Ausarbeitung eines Strukturentwicklungskonzepts, das abgeleitet aus den Forschungsprioritäten und wissenschaftlichen Aufgaben des Zentrums Aussagen zum Zuschnitt seiner Abteilungen und deren Standort bzw. Standorten trifft. Entsprechende Entscheidungen sollen auf Grundlage dieses Konzepts in den Gremien des DZHW diskutiert und möglichst einvernehmlich getroffen werden.

Angesichts der grundsätzlich hohen Relevanz von mit Professuren verknüpften Abteilungsleitungen für den Aufbau einer strukturierten Graduiertenausbil-

dung und damit auch für die Akzeptanz des Kompetenzzentrums in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung empfiehlt der Wissenschaftsrat nachdrücklich, alle mit Abteilungsleitungen am DZHW verknüpften Professuren als W3-Professuren auszugestalten, die international ausgeschrieben werden müssen. Auch für das Gelingen einer Zusammenführung des jetzigen DZHW mit dem iFQ ist dies unabdingbar.

Im Falle der Zusammenführung kann die neue Einrichtung auf eine Gremien- und Governancestruktur zurückgreifen, die für das jetzige DZHW bereits eingerichtet ist. Neben der Gesellschafterversammlung – bestehend aus Bund und Ländern – sind dies im Wesentlichen der Aufsichtsrat und der wissenschaftliche Beirat. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, den Aufsichtsrat eines zusammengeführten DZHW um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Forschungsfeld sowie um Repräsentanten jener Hochschulen, mit denen gemeinsame Berufungen durchgeführt wurden, zu ergänzen; ebenfalls sollte der wissenschaftliche Beirat des DZHW um Beiratsmitglieder aus der empirischen Wissenschaftsforschung erweitert und internationale Expertise im Beirat sichergestellt werden. Bei Vorschlägen zur Änderung oder Erweiterungen von Erhebungsdesigns sowie zum Ausbau oder zur Beendigung von Langzeituntersuchungen sollen die Projektbeiräte bzw. Steuerungsgruppen angehört werden. Gerade vor dem Hintergrund der vom Wissenschaftsrat als für eine Forschungsorganisation zu schwerfällig kritisierten Gremienstrukturen der früheren HIS GmbH sollt in einem zusammengeführten DZHW grundsätzlich auf die Limitierung der quantitativen Größe der Gremien und damit verknüpft auf deren Arbeitsfähigkeit geachtet werden. Grundsätzlich sollten die Gremienstrukturen und Entscheidungsverfahren des künftigen DZHW so austariert sein, dass ein notwendiger Handlungsspielraum der wissenschaftlichen Leitung gegeben ist und dem Votum des wissenschaftlichen Beirats ein besonderes Gewicht eingeräumt wird. Die Einrichtung eines bereits 2013 für das FDZ des HIS-HF empfohlenen Nutzerbeirats sowie von extern besetzten Projektbeiräten bei den einzelnen Längsschnittstudien wird vom Wissenschaftsrat weiterhin auch für ein um Aufgaben der empirischen Wissenschaftsforschung erweitertes DZHW für notwendig gehalten. Gleiches gilt für die Einrichtung einer Forschungskoordination auf Leitungsebene.

Insgesamt müssen im Zusammenführungsprozess sowohl in personeller als auch in struktureller Hinsicht die Bereiche Forschungsinfrastruktur, Praxis-transfer sowie Forschung und Lehre in ein angemessenes wechselseitiges Bedingungsverhältnis gebracht werden. Als langfristiges Ziel des Zusammenführungsprozesses sieht der Wissenschaftsrat eine wissenschaftliche Einrichtung,

– die auf den Gebieten der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung eine europaweit einmalige Infrastruktur für Forschungsdaten zu beiden Feldern anbietet,

- _ auf dem Gebiet der Entwicklung von Methoden und Erhebungsinstrumenten im Bereich der Langzeituntersuchungen zu tertiärer Bildung und zum Wissenschaftssystem international bedeutende Beiträge leistet und
- _ auf dieser Grundlage der Wissenschafts- und Hochschulpolitik sowie dem Wissenschafts- und Hochschulmanagement wissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfen anbieten kann.

Eine Operationalisierung dieser Zielrichtung unter Angabe der hierfür notwendigen Abteilungen und Standorte soll in dem oben erwähnten Strukturentwicklungskonzept durch die wissenschaftliche Leitung des DZHW bis Anfang 2016 erfolgen. Auf dieser Grundlage entscheiden die Gremien des DZHW über die organisatorische Ausgestaltung der Zusammenführungsphase.

B.III EMPFEHLUNGEN ZUR STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER EMPIRISCHEN WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

Neben einer institutionellen Weiterentwicklung des DZHW sieht der Wissenschaftsrat die übergreifende Entwicklung der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung als wichtige Zukunftsaufgabe sowohl für die Akteure in den beiden Forschungsfeldern als auch für Forschungsförderer und Hochschulen an. Wie in Abschnitt A.II. beschrieben, ist die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung über wenige entsprechend denominierte Professuren hinaus vor allem in universitären An-Instituten sowie außeruniversitären Forschungsinstituten verankert, mit einigen bereits länger institutionalisierten Einrichtungen in der empirischen Hochschulforschung und wenigen, zurzeit teilweise in Neugründung bzw. im Aufbau befindlichen Einrichtungen und Abteilungen in der empirischen Wissenschaftsforschung. Allen diesen Einrichtungen ist gemein, dass sie im Vergleich mit anderen Forschungseinrichtungen z. B. in den Niederlanden oder Großbritannien bislang keine hinreichenden Personalkapazitäten aufbauen konnten, um eine nicht lediglich an die Person einzelner Institutsleiterinnen und -leiter gebundene international sichtbare Grundlagenforschung im Feld betreiben zu können. Institutionelle Kerne der Grundlagenforschung existieren nicht. Diese defizitäre Situation muss nach Auffassung des Wissenschaftsrates im Kontext der voraussichtlich mehrjährigen Konstituierungsphase des DZHW geändert werden, um die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland insgesamt auf eine leistungsfähige Basis stellen zu können. Dies ist nur dann möglich, wenn die Erfolgsbedingungen moderner empirischer Sozialforschung – von einer allgemein zugänglichen Forschungsdateninfrastruktur, hoher Methodenkompetenz, einem verantwortungsbewusst betreuten wissenschaftlichen Nachwuchs, einem hohen Grad an geteiltem Problembewusstsein über prioritäre Forschungsfragen

im Gegenstandsbereich (und entsprechendem *Community Building*) sowie nicht zuletzt einem großen Interesse an hypothesengeleiteter Forschung, die ebenso zur Theorienentwicklung wie zur Lösung von Praxisproblemen beiträgt – in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung auf breiter Front geschaffen werden. Hierbei ist die heutige Dezentriertheit der beiden Felder in Deutschland als Ausgangspunkt zu nehmen, um mittels und neben einem DZHW als künftigem Infrastruktur- und Methodenzentrum zu stärkeren strategischen Vernetzungen und Forschungs Kooperationen zu kommen, die bis auf weiteres das Fehlen institutioneller Kerne der Grundlagenforschung ersetzen müssen.

Die bisherige Praxis der Programmförderung im Bereich der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung hat immer wieder für eine temporäre Stabilisierung des Feldes über Projektstellen gesorgt und durch die Öffnung für ansonsten disziplinär ausgerichtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für frische Impulse gesorgt. Sie hat allerdings bislang noch nicht zur Verständigung der zentralen Akteure und Einrichtungen über eine Forschungsagenda mit prioritär zu behandelnden Herausforderungen und Forschungsfragen geführt. Der Wissenschaftsrat nennt deshalb im Folgenden Erfolgsbedingungen und Kriterien künftiger Forschungsförderung, um die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung näher zusammenzuführen und damit einen Grundstein für verstärkte Kooperationen und künftige institutionelle Innovationen – zum Beispiel in Richtung neuer universitärer Schwerpunkte – zu legen (B.III.1). Des Weiteren gibt er Empfehlungen zum Auf- und Ausbau profilbildender Bereiche an Hochschulen und von Studiengängen sowie zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (B.III.2 und B.III.3).

III.1 Erfolgsbedingungen für die Forschungsförderung in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung

An den unterschiedlichen Standorten der Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland werden bereits heute interessante und an aktuellen Herausforderungen orientierte Forschungsideen und -projekte entwickelt. Dies geschieht allerdings bislang weitgehend unabgestimmt und in patchworkähnlichen Strukturen, unter sehr unterschiedlichen Förderbedingungen und zugeschnitten auf sehr diverse Bezugsgruppen in Wissenschaft und Praxis. Was fehlt, ist eine Bündelung der Aktivitäten auf gemeinsam zu verfolgende Schwerpunkte und eindeutig identifizierbare Prioritäten auch in der zeitlichen Abfolge der Bearbeitung zentraler Forschungsfragestellungen, die auch zu einem höheren gemeinsamen Engagement und gesteigerter Leistungsfähigkeit zentraler Akteure der beiden Felder im Bereich der kompetitiven Forschungsförderung beitragen würde. Um diese Ziele zu erreichen, empfiehlt der Wissenschaftsrat Akteuren und Förderern der beiden Felder – insbesondere dem BMBF – präkompetitive Vorbereitungen zu unterstützen sowie Vernetzungen aufzu-

bauen, die über die Formulierung einer feldübergreifenden Forschungsagenda mit eindeutigen Forschungsprioritäten mittelfristig zur erfolgreichen Förderung von Verbundforschungsprojekten in wettbewerblichen Verfahren z. B. der DFG oder des ERC führen sollen.

Zentrales Anliegen der Entwicklung einer Forschungsagenda mittlerer Reichweite wäre es, eine gemeinsame Identität der beiden Forschungsfelder im Sinne eines interdisziplinären, aber durch seine Forschungsgegenstände integrierten Forschungszusammenhangs herauszubilden und hierbei internationale Expertise, „verwandte“ empirische Forschungsfelder wie z. B. *Institutional Economics* oder *Technoscience* und zur Förderung der Methodenkomplementarität (*mixed methods*) unterschiedliche quantitative und qualitative Ansätze explizit einzubeziehen. Entsprechend sollte der Prozess einer solchen Agendaentwicklung zugleich ein hohes Maß an Verbindlichkeit für die beteiligten Akteure erzeugen, aber auch für weitere Interessenten und disziplinäre Beteiligungen offen gehalten werden. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung einer Forschungsagenda sollte beachtet werden, dass die aktuellen Herausforderungen der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in einer Weise aufgegriffen und behandelt werden, dass sie – der dem Feld eingeschriebenen Anwendungs- und Praxisrelevanz entsprechend – gleichermaßen wissenschaftlich interessant und für die internationale Forschung anschlussfähig, als auch für die Wissenschafts- und Hochschulpolitik sowie weitere Praxisakteure z. B. im Wissenschafts- und Hochschulmanagement relevant sind. Letzteres wäre dadurch zu erreichen, dass Themenstellungen der *Institutional Research* von Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten nicht nur in die Agendaentwicklung einbezogen, sondern von dieser aktiv angeregt würde – vorzugsweise in Kooperation mit Forscherinnen und Forschern aus beiden Feldern.

Die Ausarbeitung und Förderung einer solchen Agenda sieht der Wissenschaftsrat als Voraussetzung für

- _ die Herausbildung einer kollektiven Identität und die Erhöhung der strategischen Problemlösungsfähigkeit des Feldes;
- _ eine stärkere Vernetzung und Abstimmung zwischen den Akteuren und Einrichtungen des Feldes unter Einbeziehung internationaler Expertise;
- _ eine breite Sensibilisierung für die gesellschaftliche Relevanz und Leistungsfähigkeit der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in anderen wissenschaftlichen Fachgemeinschaften und auf Seiten der Hochschulen und Forschungsförderer;
- _ eine generelle Erhöhung der Fähigkeit der im Feld arbeitenden Einrichtungen zu erfolgreichen Antragstellungen in kompetitiven Verfahren der Forschungsförderung.

Im Vergleich zur Situation in Großbritannien oder den Niederlanden werden wettbewerbliche Fördermöglichkeiten von den deutschen Akteuren der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung – und hier insbesondere von den spezialisierten Instituten und Abteilungen – insgesamt noch nicht hinreichend genutzt. Hierzu bedarf es neben der Agendabildung erheblicher Eigenanstrengungen der relevanten Einrichtungen und Forscherinnen und Forscher in beiden Feldern. Entsprechend wird den Fachgemeinschaften der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland empfohlen, das Gespräch z. B. mit der DFG zu suchen, um in einer *Roundtable Discussion* die Perspektiven für ein Schwerpunktprogramm auszuloten. Auch die Stiftungen, die bereits vielfältig zur Förderung der beiden Felder beigetragen haben, sollten koordiniert und gezielt angesprochen werden. Im europäischen Förderkontext bestehen mit *Horizon 2020* und den *ERC-Grants* Fördermöglichkeiten, die z. B. von Akteuren der empirischen Bildungsforschung in Deutschland bereits erfolgreich genutzt werden.

Den Forschungsförderern empfiehlt der Wissenschaftsrat deshalb, Vernetzungsaktivitäten der Fachgemeinschaften in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung zu unterstützen, die geeignet sind, zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Forschungsagenda beizutragen. Dies betrifft vor allem solche Vernetzungen und Workshops, die internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie internationale Expertise aus Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsmanagement in die Agendaentwicklung einbeziehen.

III.2 Professuren und profilbildende Bereiche an Hochschulen

Zu einer hinreichend diversifizierten institutionellen Struktur der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland sind weitere Standorte und Einrichtungen notwendig, um die für ein produktives interdisziplinäres Forschungsgebiet notwendigen Voraussetzungen in den Bereichen Forschungsinfrastruktur, Nachwuchsausbildung, *Community Building* und ambitionierte theoretische Forschung abzudecken. Eine besondere Schwäche wurde hierbei nicht nur bei den Vorläuferorganisationen des DZHW, sondern auch bei den anderen etablierten Einrichtungen des Feldes ausgemacht. Es sind zumal Schwächen, die sich im Rahmen der bislang zu hohen Abhängigkeit der einschlägigen Einrichtungen von Erträgen aus der Auftragsforschung und weiteren nicht der Förderung von Grundlagenforschung zuzurechnenden Quellen ergeben. Neben einer notwendigen Stärkung der wissenschaftlichen Autonomie dieser Einrichtungen durch höhere institutionelle Grundetats wären nach Auffassung des Wissenschaftsrates weitere Investitionen in den Aufbau einer begrenzten Anzahl weiterer Professuren an Hochschulen notwendig. Der Wissenschaftsrat begrüßt in diesem Zusammenhang die aktuellen Bemühungen, an verschiedenen Standorten neue Schwerpunkte aufzubauen bzw. an frühere

Stärken in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung wieder anzuknüpfen.

Bei den entsprechenden Schwerpunktbildungen wäre darauf zu achten, Redundanzen zu vermeiden und das Themenspektrum der Wissenschafts- und Hochschulforschung an den jeweiligen Standorten arbeitsteilig zu bearbeiten. Aktuelle Anforderungen und Zukunftsthemen, die in Deutschland bislang weder durch die einschlägigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch durch entsprechend denominierte Professuren abgedeckt sind, ergeben sich z. B. und ohne Anspruch auf Vollständigkeit in den Bereichen

- _ international vergleichende Forschung zum Wissenschaftssystem und zur tertiären Bildung,
- _ Analyse der Interdependenzbeziehungen der Wissenschaft und ihrer Organisationen zu ihren gesellschaftlichen Umwelten; hierunter Forschungs- und Transferbeziehungen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, und weiteren gesellschaftlichen Akteuren (aus Politik und Zivilgesellschaft, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, etc.),
- _ Governance und Organisation von multifunktionalen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie
- _ neue Arten der Erzeugung und Bereitstellung wissenschaftlichen Wissens (Medien, Kommunikations- und Distributionsformen).

Es wird deshalb empfohlen, universitäre Standorte mit empirischer Wissenschafts- und Hochschulforschung gezielt durch Professuren zu ergänzen, die in der Lage sind, Expertise zu solchen zukunftssträchtigen Themenschwerpunkten aufzubauen. Als Förderer und Anstoßgeber für die Einrichtung solcher Professuren haben sich bereits in der Vergangenheit Stiftungen – für das Feld der Wissenschafts- und Hochschulforschung vor allem der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, die Volkswagenstiftung und aktuell die Mercator-Stiftung – bewährt. Interessierten Universitäten und Fachbereichen wird deshalb empfohlen, auch über den Weg der Stiftungsprofessur einen nachhaltigen Profilaufbau in diesem Bereich anzustreben.

Des Weiteren empfiehlt der Wissenschaftsrat den Hochschulen – auch im Interesse des Ausbaus ihrer strategischen Kapazitäten und der weiteren Professionalisierung ihres Managements – stärker in den Aufbau hochschuleigener Ressourcen zur Hochschul- und Wissenschaftsforschung zu investieren. Hierzu bieten sich Professuren zur *Institutional Research* an, die z. B. an amerikanischen Universitäten neben allgemeiner Hochschulforschung auch substanzielle Beiträge zur Dauerbeobachtung der eigenen Hochschule im Wettbewerbsfeld und zu einem forschungsbasierten Wissenschaftsmanagement leisten.

Die im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulforschung existierenden spezialisierten Studienangebote im Masterbereich, vor allem an den Universitäten in Hannover, Berlin und Bielefeld sowie die auf Wissenschafts- und Hochschulmanagement ausgelegten Masterprogramme in Speyer und an der Fachhochschule Osnabrück können – die Bestandsaufnahme in A.II.3 aufgreifend – als ausbaufähig betrachtet werden. Den Betreibern der unterschiedlichen Programme und Formate wird empfohlen, ihre Angebote für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweils anderen Studiengänge durchlässig zu gestalten und Studienleistungen wechselseitig anzuerkennen. Beispiel für eine solche Koordination ist die zum Teil über Kooperationsvereinbarungen geregelte Zusammenarbeit jener Studiengänge gewesen, die sich am vom Stifterverband vergebenen „Fellowship Wissenschaftsmanagement“ beteiligt hatten.

Der Wissenschaftsrat begrüßt Planungen, an den Standorten München, Hannover und Berlin Graduiertenkollegs im Bereich der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung aufzubauen. Während entsprechende strukturelle Weichenstellungen am MCTS der TU München schon sehr weit gediehen sind, wird der Aufbau des avisierten Graduiertenzentrums am DZHW weitgehend vom Erfolg des Zusammenführungsprozesses und der Unterfütterung mit Universitätsprofessuren und komplementären Ausstattungen an den jeweiligen Standorten abhängen. Dem Schwerpunkt des künftigen DZHW entsprechend sollte auch das Graduiertenzentrum sein Profil im Bereich der Methodenausbildung und der quantitativen Analysen des Wissenschafts- und Hochschulsystems haben. Darüber hinaus sollten die Fachgemeinschaften in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung gemeinsam mit interessierten Hochschulen und den Forschungsförderern die Erfolgsaussichten einer ortverteilten *Research School* prüfen, die beide Forschungsfelder abdeckt. Eine solche *Research School* könnte z. B. nach dem Vorbild der *Netherlands Graduate Research School of Science, Technology and Modern Cultures* (WTMC) von mehreren Universitäten und Professuren getragen werden und virtuelle Forschungsumgebungen sowie Seminare, Kolloquien und Weiterbildungsangebote wie z. B. *Summer Schools* einschließen. Der Zugang zu einer solchen Graduierteneinrichtung und ihren Angeboten stünde prinzipiell allen Interessierten auch jenseits der die Einrichtung tragenden Hochschulen offen. |³⁴

Der Wissenschaftsrat gibt aber auch zu bedenken, dass der akademische Arbeitsmarkt für Promovierte mit einer engen Spezialisierung im Bereich der

|³⁴ Vgl. zur Ausgestaltung der WTMC die Informationen auf <http://www.wtmc.eu>.

Wissenschafts- und Hochschulforschung auch bei einem weiteren Ausbau beider Felder überschaubar bleiben wird. Jenseits eines bislang weiter expandierenden Arbeitsmarktes im Bereich des Wissenschafts- und Hochschulmanagements gibt es vor allem im Wissenschaftssystem selbst kaum gesicherte Karriereperspektiven für Postdocs mit einer diesbezüglich engen Spezialisierung. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs, der eine akademische Karriere mit Zielrichtung Professur anstrebt, muss deshalb weiterhin empfohlen werden, neben der Spezialisierung in Wissenschafts- und Hochschulforschung eine starke Anbindung an eine konkrete Disziplin zu suchen und Forschungsergebnisse auch in disziplinären Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Entsprechend empfiehlt der Wissenschaftsrat auch bei der wünschenswerten Konzeption von neuen Graduiertenkollegs und *Research Schools* in der Wissenschafts- und Hochschulforschung auf die disziplinäre Anbindung der Graduierten und die disziplinäre Rückbindung der dort behandelten Themen sowie die Vermittlung von Querschnittskompetenzen im Bereich der Forschungsmethoden großen Wert zu legen. Entsprechende An- und Rückbindungen sollten sowohl an die Quell- und Schnittstellendisziplinen z. B. im Bereich der Sozial- und Kommunikationswissenschaften erfolgen, als auch in ein erweitertes disziplinäres Umfeld hinein, z. B. zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Hiervon profitieren sowohl die Promovierten durch bessere Karrierechancen im Wissenschaftssystem, als auch beide Felder durch die stetige wechselseitige Befruchtung von feldbezogenem Spezialwissen (das Praxiswissen einschließt), disziplinärem Grundlagenwissen und methodischem Querschnittswissen.

Anhang 1: Ausgewählte strukturelle Grunddaten der Abteilung Hochschul- forschung des DZHW und des iFQ im Vergleich

Einrichtung	Finanzdaten 2012 in Tsd. Euro		Personaldaten 2013*					
	Bewilligte Haushaltsmittel	Eingeworbene Drittmittel	Vollzeitäquivalente			Personen		
			insg.	wiss.	nicht- wiss.	insg.	wiss.	nicht- wiss.
Abt. Hochschulfor- schung im DZHW	2.554	5.566	81,1	62,0	19,1	92	70	22
iFQ	2.474	1.986	23,9	21,4	2,5	27	24	3

* Stichtag 30.6. (iFQ) bzw. 30.9. (DZHW); einschl. drittmittelfinanziertes Personal

Quelle: iFQ/DZHW: Zusammenführungskonzept

Anhang 2: Organisations- und Leistungsdaten des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e.V. (iFQ), Berlin

VORBEMERKUNG

Für die Erarbeitung des Positionspapiers hat die Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates (GdW) das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e.V. (iFQ), Berlin, gebeten, Basisdaten zu Organisationsmerkmalen und Leistungen in Forschung und Transfer zur Verfügung zu stellen. Eine von der GdW angefertigte Darstellung über diese Daten wurde vom iFQ auf sachliche Korrektheit geprüft und findet sich in diesem Anhang. Die Daten wurden von der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates im Zusammenhang der möglichen Zusammenführung des iFQ mit dem DZHW diskutiert; eine institutionelle Evaluation des iFQ durch den Wissenschaftsrat hat in diesem Zusammenhang gleichwohl nicht stattgefunden. Vergleichbare Daten zu Organisationsmerkmalen und Leistungen in Forschung und Transfer des ehemaligen HIS-Instituts für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, heute Abteilung Hochschulforschung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), finden sich in der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum HIS-HF vom Januar 2013 (Drs. 2848-13).

Das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) wird seit Ende 2005 als Hilfseinrichtung der Forschung |³⁵ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Der Sitz des Instituts war zunächst in Bonn und wurde 2011 nach Berlin verlagert. In der Gründungsphase bis Ende 2006 rekrutierte das iFQ erstes Personal, schuf organisatorische und infrastrukturelle Grundbedingungen und erarbeitete mit der DFG einen inhaltlichen Umsetzungsplan. In der anschließenden Aufbauphase (2007-2009) konzentrierte sich das Arbeitsprogramm des iFQ zunächst auf die Untersuchung der Förderinstrumente der DFG. Außerdem akquirierte das iFQ erste Drittmittel für ergänzende Forschungsprojekte und trieb die Einbindung in die nationale und internationale Wissenschaftsforschung voran. Nach einer Evaluation unter Federführung der Leibniz-Gemeinschaft 2009 wurde das iFQ 2010 in die Betriebsphase überführt und nahm die Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit der jetzigen Gremienstruktur an.

II. AUFGABEN

Das Institut nennt als seine Hauptaufgaben

- _ die Information über das deutsche und internationale Forschungs- und Wissenschaftssystem,
- _ die Analyse der Entwicklungen des Wissenschaftssystems, insbesondere die empirische Erforschung der Stärken und Schwächen der Forschungsförderung und der Governancestrukturen sowie
- _ die Unterstützung und Beratung verschiedener Akteure aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Verwaltung und Politik mit forschungsbasierten Dienstleistungen.

|³⁵ Bei dieser Förderform handelt es sich um „eine Einrichtung von überregionaler Bedeutung, in der hochwertige personelle bzw. apparative Voraussetzungen für wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Dienstleistungen für die Forschung an einem Ort konzentriert sind. Sie ist ein wissenschaftlich wichtiges Instrument zur Stärkung der forschungsrelevanten Infrastruktur der Wissenschaft und bildet damit eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Forschung. Ihrer Aufgabe nach ist die Hilfseinrichtung langfristig angelegt“ (siehe http://www.dfg.de/gefoerderte_projekte/hilfseinrichtungen_forschung/index.html, Stand: 23.11.2009, Abruf am 25.11.2013).

Während in der Gründungs- und Aufbauphase die Arbeitsplanung des iFQ jeweils auf ein Jahr bezogen war, sieht die Satzung des iFQ (§ 11 Nr. 5) heute nach Beschluss des Hauptausschusses der DFG vor, dass der Vorstand dem Kuratorium und der Mitgliederversammlung alle vier Jahre das Arbeitsprogramm vorlegt. |³⁶ Nach Zustimmung durch das Kuratorium wird das Arbeitsprogramm von der Mitgliederversammlung beschlossen (§ 12 Nr. 1). Das Kuratorium kann Änderungen an der Programmplanung während der Laufzeit beschließen, sofern diese nicht so wesentlich sind, dass sie eines Beschlusses der Mitgliederversammlung bedürfen.

Im August 2011 wurde erstmals ein auf einen Zeitraum von vier Jahren angelegter Arbeitsplan für den Zeitraum von 2012 bis 2015 vorgelegt und im Mai 2012 durch ein Addendum für den Zeitraum von 2013 bis 2015 ergänzt.

Am iFQ gibt es keine Abteilungen, jedoch ist geplant, mittelfristig kleinere Organisationseinheiten zu bilden. Die Forschungsplanung findet themenbezogen für das ganze Institut statt. Wichtigstes Instrument ist dabei die jährliche Strategietagung, in deren Rahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Institutsleitung über die Arbeitsplanung der einzelnen Projekte und die zukünftige inhaltliche Ausrichtung des iFQ diskutieren. Des Weiteren werden die Schwerpunktsetzungen und Zukunftsplanungen mit dem Wissenschaftlichen Beirat rückgekoppelt.

Am iFQ bestehen aktuell die vier Themenfelder

- _ Evaluation und Begutachtungswesen,
- _ Indikatorik und Methoden,
- _ Nachwuchs und Karrieren und
- _ Analysen des Wissenschaftssystems.

III.1 Themenbereich „Evaluation und Begutachtungswesen“

Schwerpunkt des Themenbereichs „Evaluation und Begutachtungswesen“ ist die Untersuchung der Leistungsfähigkeit des Evaluations- und Begutachtungswesens in Wissenschaft und Forschung. Des Weiteren werden Förderprogramme auf intendierte und nicht intendierte Effekte untersucht. Forschungsgegen-

|³⁶ Damit griff die DFG eine im Rahmen der Evaluation des iFQ durch die Leibniz-Gemeinschaft ausgesprochene Empfehlung auf, die jährlichen Wirtschaftspläne durch rollierende mehrjährige Programmbudgets zu ersetzen.

stand sind außerdem Evaluations- und Qualitätssicherungsverfahren sowie Systeme der leistungsorientierten Mittelvergabe. Der Fokus lag zunächst auf Untersuchungen des Begutachtungssystems der DFG, außerdem wurde seit 2007 das mit Sondermitteln der DFG finanzierte Serviceprojekt „Monitoring der Exzellenzinitiative“ durchgeführt. Aktuell wurden Drittmittel für folgende Projekte eingeworben:

- _ *Study on Assessing the Contribution of the Framework Programmes to the Development of Human Research Capacity* (seit 12/2013, finanziert durch die EU, forschungsbasierter Service);
- _ Beschämte Wissenschaft: Reintegration vs. Stigmatisierung von Fehlverhalten (2014-2016, drittmittelfinanziert durch das BMBF, unabhängige Forschung).

III.2 Themenbereich „Indikatorik und Methoden“

Gegenstand des Themenbereichs „Indikatorik und Methoden“ ist die Entwicklung und Implementierung von Erhebungs- und Monitoring-Instrumenten sowie die Entwicklung und Analyse von Indikatoren für die Beobachtung des Wissenschaftssystems, wobei szientometrische und surveybasierte Verfahren im Mittelpunkt stehen. Innerhalb des Themenbereichs „Indikatorik und Methoden“ ist das seit Ende 2008 durch das BMBF geförderte Kompetenzzentrum Bibliometrie mit folgenden Forschungsprojekten angesiedelt:

- _ Entwicklung von Methoden und Indikatoren zur Bewertung von Fehlern in der Bibliometrie (Fehlerlehre/Gütemaße) (2009-2013);
- _ Indikatorik für Sozial- und Geisteswissenschaften (Promotionsvorhaben 2010-2013);
- _ Lässt sich Forschungsförderung bibliometrisch abbilden? Reliabilität und Validität von Angaben zu *Funding Acknowledgements* im *Web of Science* (2011-2013).

Darüber hinaus laufende Projekte sind

- _ Kerndatensatz Forschung (2013-2015, drittmittelfinanziert durch das BMBF, forschungsbasierter Service);
- _ Entwicklung und Veränderungsdynamik eines heterogenen sozialwissenschaftlichen Feldes am Beispiel der Bildungsforschung (2011-2014, drittmittelfinanziert durch die Leibniz-Gemeinschaft, unabhängige Forschung);
- _ Erfassung bibliometrischer Indikatoren für die PFI-Monitoringberichte 2011-2015 (2011-2015, drittmittelfinanziert durch das BMBF, Serviceprojekt für die Wissenschaft).

Außerdem wurden in diesem Themenbereich von 2012 bis 2013 verschiedene bibliometrische Studien u. a. im Auftrag der Alexander von Humboldt-Stiftung

bzw. des BMBF durchgeführt. Des Weiteren wurden Drittmittel der EU für das ab Januar 2014 laufende forschungsbasierte Serviceprojekt *Research Infrastructure for Science and Innovation Studies (RISIS)* eingeworben.

III.3 Themenbereich „Nachwuchs und Karrieren“

Im Themenbereich „Nachwuchs und Karrieren“ werden langfristig Entwicklungen im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses (Promovierende, Postdoktoranden) beobachtet und entsprechende Daten erhoben. Laufende Projekte sind

- _ ProFile-Promovierendenpanel (2006-2013; Serviceprojekt für die Wissenschaft; grundfinanziert mit zusätzlichen Mitteln des BMBF bis 2009);
- _ *Starting Grants – Monitoring European Research Council’s Implementation of Excellence (MERC)* (2009-2014, finanziert durch die EU, forschungsbasierter Service);
- _ *R&D Evaluation Capacity Building Project (EvaCap)* (2011-2013, finanziert durch das BMBF, forschungsbasierter Service);
- _ Indikatorenmodell für die Berichterstattung zum wissenschaftlichen Nachwuchs (BuWiN-Indikatoren) (2013-2014, finanziert durch das Statistische Bundesamt, forschungsbasierter Service)

Außerdem wurden 2013 zwei weitere EU-finanzierte Projekte sowie eine von der Universität Frankfurt finanzierte Befragung von dortigen Promovierenden und Hochschullehrer/-innen durchgeführt.

III.4 Themenbereich „Analysen des Wissenschaftssystems“

Gegenstand des Themenbereichs „Analysen des Wissenschaftssystems“ sind international vergleichende Analysen der Wirkungen von Steuerungs- und Evaluationsverfahren, von Governance-Strukturen und von Akteurskonstellationen. 2013 wurden zwei vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) bzw. der Mercator-Stiftung finanzierte Wissenschaftlerbefragungen durchgeführt, die auf der 2010 durchgeführten Wissenschaftlerbefragung aufbauten und diese fortführten. Mitte 2013 wurden zwei seit 2009 laufende Projekte zur leistungsorientierten Mittelvergabe in der Medizin (finanziert durch das BMBF) sowie zum Monitoring europäischer Trends in den Geistes- und Sozialwissenschaften (finanziert durch die EU) abgeschlossen.

IV. ORGANISATION

Organe des iFQ sind in der nach der Evaluation 2009 angepassten Gremienstruktur

- _ die Mitgliederversammlung,
- _ der Vorstand,
- _ das Kuratorium,
- _ der Wissenschaftliche Beirat. |³⁷

Zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung sind nach § 7 der Satzung alle Mitglieder berechtigt. Im Rahmen der Neustrukturierung hat sich die Zusammensetzung des Vereins verändert. Mitglieder können nach § 5 werden:

- _ Einrichtungen, die aus öffentlichen Mitteln Wissenschaft und Forschung fördern;
- _ Vereinigungen von aus öffentlichen Mitteln finanzierten Hochschulen oder sonstigen Forschungseinrichtungen;
- _ sonstige Einrichtungen des deutschen Wissenschaftssystems, soweit sie von allgemeiner Bedeutung sind und sich ihre jeweilige Tätigkeit dem Grunde nach auf das gesamte Bundesgebiet erstreckt.

Die Mitgliederversammlung wählt und entlastet u. a. den Vorstand, wählt zwei Mitglieder des Kuratoriums, beruft den Wissenschaftlichen Beirat und beschließt über die mittelfristige Finanzplanung und den jährlichen Wirtschaftsplan.

Zu den Mitgliedern gehören derzeit die Alexander von Humboldt-Stiftung, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die Hochschulrektorenkonferenz, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Leibniz-Gemeinschaft und die Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften.

Der Vorstand des iFQ besteht nach § 11 der Satzung aus der wissenschaftlichen Leitung des iFQ, die zugleich den Vorsitz des Vereins innehat, und dem oder der stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins, der oder die von der Mitgliederversammlung aus dem Kreis der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des iFQ auf Vorschlag des Vorsitzenden gewählt wird.

Der wissenschaftliche Leiter soll nach § 14 der Satzung ein ausgewiesener Wissenschaftsforscher sein, der im Rahmen einer gemeinsamen Berufung eine fachlich einschlägige Professur an einer wissenschaftlichen Hochschule inne-

|³⁷ Vgl. Satzung des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e.V., zuletzt geändert am 2.8.2012, § 9.

hat. Der wissenschaftliche Leiter ist Vorgesetzter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts.

Im Rahmen der Neustrukturierung neu etabliert wurde das Kuratorium als Aufsichtsgremium des Vereins. Zum Kuratorium gehören nach § 12 der Satzung neben den beiden von der Mitgliederversammlung gewählten Mitgliedern ein von der DFG entsandtes Mitglied (das den Vorsitz des Kuratoriums innehat, solange das iFQ von der DFG als Hilfseinrichtung der Forschung finanziert wird), ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) entsandtes Mitglied und ein Ländervertreter aus dem Hauptausschuss der DFG. Aufgabe des Kuratoriums ist es insbesondere, auf ein angemessenes Verhältnis von Service- und Forschungstätigkeit am iFQ zu achten.

Der Wissenschaftliche Beirat soll nach § 13 der Satzung aus bis zu neun Mitgliedern verschiedener Disziplinen aus dem In- und Ausland bestehen, die Erfahrung mit Fragen der Forschungsevaluation oder Analysen des Wissenschaftssystems haben. Sie werden auf Vorschlag des Kuratoriums für eine Amtszeit von drei Jahren durch die Mitgliederversammlung berufen, Wiederwahl ist einmal zulässig. Die Aufgabe des Wissenschaftlichen Beirats besteht darin, durch die Bewertung der Leistungen des iFQ und durch Empfehlungen zur Leistungssteigerung zur Qualitätssicherung des iFQ beizutragen. Zwischen den nach § 15 der Satzung alle acht Jahre stattfindenden externen Evaluationen des iFQ sieht die Satzung die Durchführung eines Audits durch den Wissenschaftlichen Beirat des iFQ vor.

V. HAUSHALT UND DRITTMITTEL

Die institutionelle Zuwendung der DFG betrug 2012 (Ist) 1,72 Mio. Euro. Für das Wirtschaftsjahr 2013 wurde eine institutionelle Zuwendung von 1,916 Mio. Euro bewilligt. Im Wirtschaftsplan 2014 veranschlagt das iFQ die Zuwendung der DFG zur Deckung der Ausgaben des iFQ im Jahr 2014 mit 1,866 Mio. Euro.

Außerdem erhielt das iFQ von der DFG Projektmittel für die Evaluation der Exzellenzinitiative, die sich 2012 (Ist) auf 218 Tsd. Euro beliefen. Für die nachfolgenden Jahre bewilligte die DFG eine Auslauffinanzierung (170 Tsd. Euro im Jahr 2013, im Wirtschaftsplan 2014 veranschlagt das iFQ 60 Tsd. Euro für dieses Projekt).

Im Jahr 2012 (Ist) warb das iFQ außerdem weitere Drittmittel im Gesamtumfang von 1,074 Mio. Euro ein. Dabei war das BMBF mit 735 Tsd. Euro (57 % der Drittmiteinnahmen) der wichtigste Drittmittelgeber für das iFQ, gefolgt von der Europäischen Union (EU) mit 133 Tsd. Euro (10 %).

Eine Aufstellung über die Drittmittelinwerbung des iFQ nach Drittmittelgebern, bei der die jeweilige Bewilligungssumme der Drittmittelprojekte auf die Monate der Laufzeit verteilt wurde, ist Anlage 5 zu entnehmen. Auch hier ist der Bund mit 59 % der wichtigste Drittmittelgeber, gefolgt von der DFG (27 %) und der EU (8 %). Die Hälfte der in den Jahren 2010 bis 2012 verausgabten Drittmittel entfiel auf den Themenbereich „Indikatorik und Methoden“, 27 % der Drittmittel entfielen auf „Evaluation und Begutachtungswesen“, 13 % auf „Nachwuchs und Karrieren“ und 10 % auf „Analysen des Wissenschaftssystems“.

Der Anteil der Drittmittel an den Einnahmen des iFQ betrug 2012 (Ist) 43 %. Grundsätzlich verfolgt das iFQ bei der Einwerbung von Drittmitteln nach eigenen Angaben die Doppelstrategie, einerseits eigenständige Projekte zu konzipieren und entsprechende Drittmittelanträge zu entwickeln und andererseits Ausschreibungen des Bundes, der Länder und der Europäischen Union auf thematisch relevante und inhaltlich passende Ausschreibungen hin zu sichten. Der Wissenschaftliche Beirat empfahl dem iFQ, den Anteil der Drittmittel am Gesamtbudget nicht weiter zu erhöhen, sondern eine längerfristige strategische Forschungsplanung auf der Basis der Grundfinanzierung zu entwickeln.

VI. PERSONAL UND AUSSTATTUNG

Im iFQ waren am 31.7.2013 16,5 Stellen für wissenschaftliches Personal besetzt (einschließlich 9,5 durch Drittmittel finanzierte Stellen (vgl. Anlage 3). Davon waren 2,25 Stellen (14 %) unbefristet und 14,25 Stellen (86 %) befristet besetzt. Insgesamt beschäftigte das iFQ am Stichtag 21 Personen, darunter 19 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Frauenanteil betrug beim wissenschaftlichen Personal etwas mehr als die Hälfte (58 %).

Die Personalstruktur des iFQ war in der Gründungs- und Aufbauphase durch die Ansiedlung von Projektteams unmittelbar unterhalb der Institutsleitung gekennzeichnet, die der Institutsleitung direkt berichteten. Mit Übergang in die Betriebsphase wurde entsprechend der Empfehlungen im Rahmen der Evaluation unter Federführung der Leibniz-Gemeinschaft versucht, eine mittlere Führungsebene mit Themenkoordinatoren aufzubauen, zu deren Aufgaben die strategische Weiterentwicklung des Themenfelds, die Vertretung des Themenfelds nach innen und außen sowie die Einwerbung von Drittmitteln gehört. Mitte 2010 wurde eine Koordinatorin für das Kompetenzzentrum Bibliometrie eingestellt, die aufgrund der zentralen Stellung des Kompetenzzentrums für den Themenbereich „Indikatorik und Methoden“ auch eine koordinative Funktion für den gesamten Themenbereich ausübt, jedoch aktuell nicht aus dem Haushalt finanziert wird. Die Koordination für den Themenbereich „Nachwuchs und Karrieren“ wurde Ende 2011 haushaltsfinanziert besetzt. Der Themenbereich

„Evaluation und Begutachtungswesen“ wird teilweise durch die im Oktober 2012 kooperativ mit der Humboldt-Universität (HU) zu Berlin abgedeckte Juniorprofessur für Wissenschaftssoziologie und Evaluationsforschung koordiniert.

Dem iFQ stehen in der Schützenstraße 6a in Berlin auf einer Fläche von 934,5 m² 25 Büros, ein großer und ein kleiner Besprechungsraum sowie drei Technikräume für die Server, Drucker, Kopierer und Scanner zur Verfügung. Alle Arbeitsplätze verfügen über einen PC oder Laptop mit aktueller Software. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kompetenzzentrums Bibliometrie wurden zusätzlich aus Drittmitteln Geräte beschafft, die den Zugang zu den Datenbanken des Kompetenzzentrums und die Verarbeitung größerer Datenmengen ermöglichen. Die momentane räumliche und technische Ausstattung wird vom iFQ als sehr gut bewertet, jedoch rechnet es aufgrund des Alters der Server und Computer mit einem Ersatzbeschaffungsbedarf in etwa ein bis zwei Jahren.

VII. PUBLIKATIONEN UND TAGUNGEN

In den Jahren 2010 bis 2012 (Stand: 30.9.2013) haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des iFQ insgesamt 108 Beiträge in Printmedien veröffentlicht, darunter vier Monographien und Sammelwerke, 18 Beiträge in referierten Zeitschriften und 30 Beiträge in nicht referierten Zeitschriften sowie 48 Beiträge in Sammelwerken. In der Reihe iFQ-Working Papers, in der in diesem Zeitraum acht Hefte erschienen, berichtet das iFQ über die Ergebnisse aus den bearbeiteten Projekten und selbst organisierten Konferenzen.

Die Publikationsaktivitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden bei der leistungsorientierten Vergütung berücksichtigt und in den Einstellungs- und Mitarbeitergesprächen besprochen. Die fünf wichtigsten Publikationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des iFQ, die in den Jahren 2010 bis 2012 erschienen sind, können der Liste in Anlage 6 entnommen werden. Im gleichen Zeitraum hielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des iFQ insgesamt 212 Vorträge, darunter 73 auf Einladung bei internationalen Konferenzen.

Das iFQ richtete in den Jahren 2010 bis 2012 insgesamt zehn Konferenzen, Tagungen und teilnahmeoffene Workshops aus, darunter die Jahrestagung des Instituts zu unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Themen sowie gemeinsam mit den Universitäten Wien und Leuven die seit 2010 ebenfalls jährlich stattfindende *European Summer Schools for Scientometrics* (esss) in Berlin, Wien und Leuven. Im Jahr 2013 richtete das iFQ u. a. die unter der Schirmherrschaft des *European Network of Indicator Designers* (ENID) organisierte *International Conference on Science and Technology Indicators* (STI) aus.

Das iFQ verfügt über zwei gemeinsame Berufungen mit der Humboldt-Universität (HU) zu Berlin, die beide am Institut für Sozialwissenschaften angesiedelt sind. Die Professur für Soziologie (Wissenschaftsforschung) ist eine Sonderprofessur (S-Professur) |³⁸ nach dem Erstattungsmodell (Berliner Modell) |³⁹ und wurde 2005 in Personalunion mit der Leitung des iFQ besetzt. Die 2012 eingerichtete Juniorprofessur für Wissenschaftssoziologie und Evaluationsforschung wird als Stiftungsprofessur vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für sechs Jahre finanziert.

Das iFQ bringt sich mit den Lehrleistungen der beiden Professuren und durch die Präsentation aktueller Forschungsarbeiten weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Master-Studiengang „Wissenschaftsforschung“ ein, der seit dem Wintersemester 2012/2013 an der HU Berlin angeboten wird. Das iFQ hat die Konzeption des Curriculums entwickelt und kooperiert bei der Durchführung des Studiengangs mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Technischen Universität Berlin. Die Studierenden des Master-Studiengangs können Praxisphasen an vielen Einrichtungen des Wissenschaftssystems im In- und Ausland, mit denen nach und nach Praktikumsvereinbarungen geschlossen werden, absolvieren und ihre Master-Abschlussarbeiten in Projektzusammenhängen des iFQ verfassen. Aktuell sind zwei Studierende des Master-Studiengangs als studentische Hilfskräfte am iFQ beschäftigt und eine Absolventin als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Im Rahmen des Master-Studiengangs „Wissenschaft und Gesellschaft“ der Leibniz Universität Hannover arbeitete das iFQ nicht nur mit der Universität, sondern auch mit dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) Hannover zusammen. Weitere Kooperationen im Bereich der Lehre erfolgen im Rahmen des Bachelor-/Master-Studiengangs „Soziologie“ an der Bergi-

|³⁸ Dabei handelt es sich um ordentlich berufene Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer, die auch in einer außeruniversitären Forschungseinrichtung (meist in leitender Stellung) tätig sind. Diese Einrichtung ist mit der Universität über eine Kooperationsvereinbarung verbunden, in der auch eine Kostenregelung für die Professur enthalten ist. Die Lehrverpflichtungen der S-Professorin bzw. des S-Professors sind wegen der weiteren Aufgaben in der Regel reduziert.

|³⁹ Bei diesem Modell [...] erfolgt eine Berufung auf eine Professur an einer Hochschule und die Zuweisung der/des Berufenen zur Wahrnehmung von Forschungs- und Leitungsaufgaben zur Forschungseinrichtung. Die/der Berufene wird im Stellenplan der Hochschule auf einer für die Beamtin bzw. den Beamten vorzuhaltenden Stelle (Erstattungsstelle, d. h. nicht von der Hochschule dotiert) geführt; die Hochschule zahlt die Bezüge in voller Höhe; die Forschungseinrichtung erstattet der Hochschule die Bezüge zuzüglich eines Versorgungszuschlags“ (Gemeinsame Berufungen von leitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durch Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Bericht und Empfehlungen. Materialien der GWK, Heft 2, 2008).

schen Universität Wuppertal sowie im Rahmen des Weiterbildungsprogramms der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer bzw. des Zentrums für Wissenschaftsmanagement in Speyer.

IX. FÖRDERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

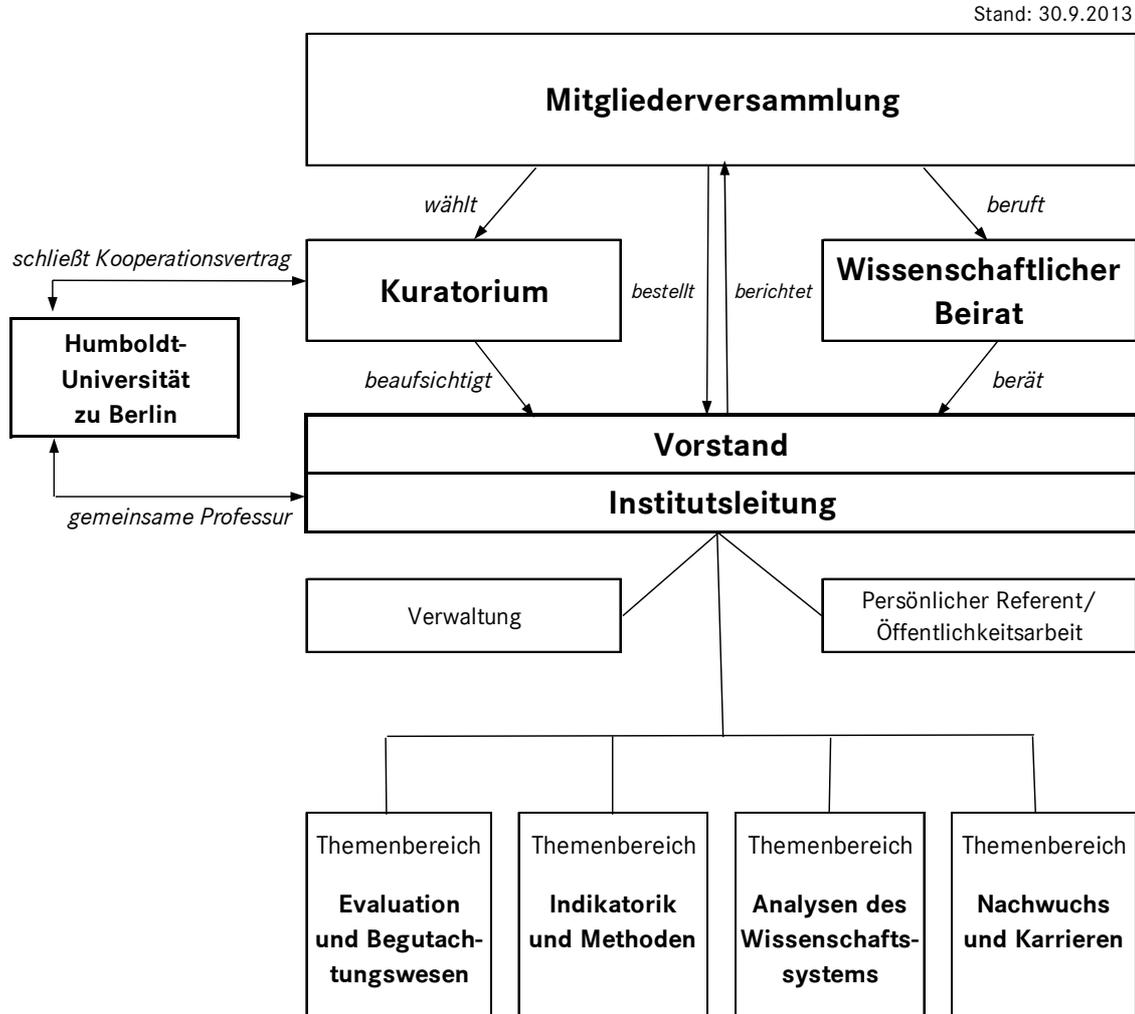
In den Jahren 2010 bis 2012 schlossen zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter des iFQ eine Promotion ab, in einem Fall mit Betreuung am iFQ, in einem weiteren Fall mit externer Betreuung. Außerdem betreute das iFQ überwiegend im Rahmen von Kooperationsbeziehungen drei externe Promotionen, die in diesem Zeitraum abgeschlossen wurden. Eine weitere Promotion mit Betreuung am iFQ wurde im Zeitraum 2010 bis 2012 eingereicht. Weitere zwölf Promotionen befinden sich in Erarbeitung, darunter drei Promotionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Betreuung am iFQ, sechs Promotionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit externer Betreuung und drei externe Promotionen mit Betreuung am iFQ. Nicht promovierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des iFQ können im Rahmen einer Kooperation mit der *Berlin Graduate School for Social Sciences* der HU Berlin bei Promotionsvorhaben unterstützt werden.

X. KOOPERATIONEN

Zu den wichtigsten Kooperationspartnern des iFQ gehören die Universitäten Leuven (Belgien) und Wien (Österreich), mit denen das iFQ u. a. im Rahmen der Organisation der *European Summer School for Scientometrics (esss)* zusammenarbeitet. Im Rahmen des *European Network for Indicator Designers (ENID)* arbeitet das iFQ u. a. mit der Universität Leiden (Niederlande), insbesondere dem dortigen *Centre for Science and Technology Studies (CWTS)*, und der Universität Lugano (Schweiz), zusammen. Weitere Forschungsk Kooperationen bestehen mit der *Sapienza Università di Roma* (Italien), dem *Georgia Institute of Technology* und der *Arizona State University* (USA) sowie mit der *Australian National University* und *Science-Metrix* (Kanada). Mit den privatwirtschaftlich organisierten belgischen Partnern *Technopolis Group* und *IDEA Consult* werden häufig EU-geförderte Projekte gemeinsam durchgeführt.

Anlagen zu Anhang 2

Anlage 1: Organigramm des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e. V. (iFQ), Berlin



Quelle: iFQ

Anlage 2: Stellenplan des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (Soll 2013, ohne Drittmittel)

Stand: 31.7.2013

Stellenbezeichnung	Wertigkeit der Stellen	Zahl der Stellen insgesamt
Stellen für wissenschaftliches Personal*	Besoldungsgruppe	
	C4/W3	1,0
	Entgeltgruppe (TVöD)	
	E 15	1,0
	E 14	4,5
	E 13	4,0
Zwischensumme		10,5
Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	E 11	3,0
	E 9	1,5
Zwischensumme		4,5
I n s g e s a m t		15,0

* Mitarbeiter/-innen (einschließlich der Leitung), die über einen Universitätsabschluss verfügen und nach Entgeltgruppe 13 TVöD oder höher vergütet werden, sofern sie nicht ganz überwiegend in der Verwaltung tätig sind. Dazu zählen auch Mitarbeiter/-innen, die trotz akademischer Ausbildung nur einen geringen Anteil ihrer Arbeitszeit wissenschaftlicher Arbeit widmen.

Quelle: iFQ

**Anlage 3: Verteilung des wissenschaftlichen Personals im Institut für
Forschungsinformation und Qualitätssicherung auf die einzelnen
Themenfelder**

Stand: 31.7.2013

Themenfelder*	Stellen oder VZÄ für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	
	insgesamt	darunter befristet besetzt
Evaluation und Begutachtungswesen	3,25	3,00
Indikatorik und Methoden	5,75	5,50
Analysen des Wissenschaftssystems	2,25	1,00
Nachwuchs und Karrieren	5,25	4,75
I n s g e s a m t	16,50	14,25

* Wissenschaftliche Stellen, die für die Leitung und für bereichsübergreifende Querschnittsaufgaben vorgesehen sind, wurden gleichmäßig auf alle Themenbereiche verteilt.

Quelle: iFQ

Anlage 4: Dauer der Zugehörigkeit, Altersstruktur, Geschlecht und Fachrichtung des wissenschaftlichen Personals des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung

Stand: 31.7.2013

Zugehörigkeit/Anzahl	männlich	weiblich
5 bis unter 10 Jahre	2	1
unter 5 Jahre	6	10

Alter/Anzahl	männlich	weiblich
50 bis unter 60 Jahre	1	-
40 bis unter 50 Jahre	2	1
30 bis unter 40 Jahre	5	8
unter 30 Jahre	-	2

Fachrichtung des Hochschulabschlusses (häufigste Abschlüsse)/Anzahl	männlich	weiblich
Sozialwissenschaften	5	9
Geisteswissenschaften	1	-
Informationswissenschaften	1	1
Naturwissenschaften	1	-
Wirtschaftswissenschaften	-	1

Quelle: iFQ

Anlage 5: Vom Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung in den Jahren 2010 bis 2012 eingeworbene Drittmittel nach Drittmittelgebern

Stand: 31.12.2012

Themenfelder	Drittmittelgeber	Drittmittel in Euro			Summe
		2010	2011	2012	
Evaluation und Begutachtungswesen	DFG	255.420	316.775	304.000	876.195
	Bund	-	-	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Stiftungen	-	-	-	-
Summe		255.420	316.775	304.000	876.195
Indikatorik und Methoden	DFG	-	-	-	-
	Bund	209.071	652.887	581.381	1.443.339
	Land/Länder	-	39.217	61.620	100.837
	EU	-	-	-	-
	Stiftungen	-	60.000	6.370	66.370
Summe		209.071	752.104	649.371	1.610.546
Nachwuchs und Karrieren	DFG	-	-	-	-
	Bund	-	30.359	166.607	196.966
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	69.600	69.600	73.471	212.671
	Stiftungen	-	-	-	-
Summe		69.600	99.959	240.078	409.637
Analysen des Wissenschaftssystems	DFG	-	-	-	-
	Bund	95.500	113.000	43.266	251.766
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	18.937	18.937	16.719	54.593
	Stiftungen	-	-	-	-
Summe		114.437	131.937	59.985	306.359
Institut insgesamt	DFG	255.420	316.775	304.000	876.195
	Bund	304.571	796.246	791.254	1.892.071
	Land/Länder	-	39.217	61.620	100.837
	EU	88.537	88.537	90.190	267.264
	Stiftungen	-	60.000	6.370	66.370
Insgesamt		648.528	1.300.775	1.253.434	3.202.737

* Zur Ermittlung der eingeworbenen Drittmittel für die angegebenen Jahre wurde die jeweilige Bewilligungssumme eines Drittmittelprojektes auf die Monate der Projektlaufzeit verteilt (und nicht die Gesamtsumme der bewilligten Drittmittel zum Zeitpunkt der Projektbewilligung einmalig gezählt).

Quelle: iFQ

- _ Olbrecht, M.; Bornmann, L.: *Panel Peer Review of Grant Applications: What Do We Know from Research in Social Psychology on Judgment and Decision Making in Groups?*, in: *Research Evaluation* 19 (2010) 4, S. 293-304.
- _ Böhmer, S.; Neufeld, J.; Hinze, S. et al.: *Wissenschaftler-Befragung 2010: Forschungsbedingungen von Professorinnen und Professoren an deutschen Universitäten. iFQ-Working Paper No. 8*, Berlin 2011.
- _ Hornbostel, S.: *Evaluation und Evaluationsforschung*, in: Maasen, S.; Kaiser, M.; Reinhart, M. et al. (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden 2012, S. 277-287.
- _ Neufeld, J.; Hornbostel, S.: *Funding programmes for young scientists – Do the ‘best’ apply?*, in: *Research Evaluation* 21 (2012) 3, S. 1-10.
- _ Wang, J.: *Citation time window choice for research impact evaluation*, in: *Scientometrics* 94 (2012) 3, S. 851-872.

acatech	Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
AV	Ausführungsvereinbarung
BAnz	Bundesanzeiger
BIG	Berliner Institut für Gesundheitsforschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIS	<i>Department for Business, Innovation & Skills</i>
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BuWin	Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses
CHE	Centrum für Hochschulentwicklung
CWTS	<i>Centre for Science and Technology Studies, Leiden</i>
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DUV	Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften
DZHW	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
ENID	<i>European Network for Indicator Designers</i>
ERC	<i>European Research Council</i>
esss	<i>European Summer School for Scientometrics</i>
EU	Europäische Union
EUA	<i>European University Association</i>
FDZ	Forschungsdatenzentrum
FIW	Forum Internationale Wissenschaft
FIZ	Fachinformationszentrum
FuE	Forschung und Entwicklung
FWF	Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
GdW	Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates
GG	Grundgesetz

GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
HIS	Hochschul-Informations-System GmbH
HIS-HF	HIS-Institut für Hochschulforschung
HoF	Institut für Hochschulforschung Wittenberg
HU	Humboldt-Universität
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
iFQ	Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung
IHF	Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung
INCHER	<i>International Centre for Higher Education Research</i>
ISI	Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung
ITAS	Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse
IWT	Institut für Wissenschafts- und Technikforschung
KIT	Karlsruher Institut für Technologie
LAST	<i>Lab for the Analysis of Systematic Aspects of Technoscience</i>
LEAP	<i>Lab for the Empirical Analysis of Large Projects</i>
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität
LUH	Leibniz Universität Hannover
MASIS	<i>Monitoring Activities of Science in Society</i>
MCTS	<i>Munich Center for Technology in Society</i>
MERCI	<i>Monitoring European Research Council's Implementation of Excellence</i>
MPG	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
MPIWG	Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte
NEPS	<i>National Educational Panel Study</i>
OECD	<i>Organisation for Economic Co-Operation and Development</i>
PFI	Pakt für Forschung und Innovation
RISIS	<i>Research Infrastructure for Science and Innovation Studies</i>

73	SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
	TU	Technische Universität
	TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
	vbw	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.
	VZÄ	Vollzeitäquivalent
	WR	Wissenschaftsrat
	WTMC	<i>Netherlands Graduate Research School of Science, Technology and Modern Cultures</i>
	WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
	ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
	ZTG	Zentrum Technik und Gesellschaft